Kleine Beiträge zur Geschichte der Stadt Hamburg und ihres Gebietes

Karl Koppmann



Kleine Beiträge

zur

Geschichte der Stadt Hamburg

und ihres Gebietes

von

Dr. Karl Koppmann.

Zweiter Beitrag:

Zur Geschichte des Rechts und der Verfassung.



Hamburg, 1868.

Verlag von Hermann Grüning.

Zur Geschichte

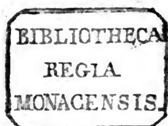
des Rechts und der Verfassung.

Von

Dr. Karl Koppmann.

Hamburg, 1868.

Verlag von Hermann Grüning.



Vorwort.

Von den Verhältnissen der Hamburgischen Vogtei ausgehend, gedachte ich eine kurze Uebersicht der durch die ältesten Freibriefe geschaffenen rechtlichen und Verfassungsverhältnisse Hamburgs voranzustellen, als mir schien, dass die bisher darüber geltenden Ansichten auf weniger festem Boden beruhen, als ich das angenommen hatte. Mir wenigstens blieben Schwierigkeiten, und ich habe dieselben als solche hinstellen zu müssen geglaubt. Dass mein Versuch sie zu heben als überall geglückt betrachtet werden werde, kann ich natürlich nicht hoffen, meine aber, dass schon eine schärfere Fragestellung an sich ein Fortschritt sei.

Für die Geschichte der Vogtei, wie überhaupt für die Verfassungsverhältnisse unserer Stadt hat neben den mannigfachen Arbeiten Lappenbergs namentlich Frensdorff's Buch über die Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks Aufschluss gegeben. Wenn ich trotzdem die Verhältnisse der Vogtei

zum Gegenstand einer Abhandlung wählte, so geschah das, um dem lokalen Interesse Genüge zu thun: wird es doch immer so einen Reiz behalten, wie von Werthe bleiben, in dem heimischen Speciellen besonders nachzuweisen, was in dem Allgemeinen schon richtig erkannt ist.

Gern wäre ich auch auf die Rathsverfassung des Näheren eingegangen, theils meine zeitweilige Abwesenheit von Hamburg, theils die Grösse des Stoffes haben mich bewogen, die Darstellung derselben einem weiteren Hefte vorzubehalten. Mancherlei Fragen drängten freilich jetzt schon sich auf, und ich habe denselben, soweit das der Nicht-Jurist vermochte, gerecht zu werden gesucht.

GÖTTINGEN, 1867 Juli.

Karl Koppmann.

I. Die ältesten Freibriefe der Stadt Hamburg.

Die Gründung der Neustadt Hamburg ist das Werk des Grafen Adolf III. von Holstein. Zwischen der Elbe und der Alster hatte Herzog Bernhard II. nach Verlassung der alten Burg für sich und die Seinen eine neue Befestigung gegründet und im Gegensatz zu Erzbischof Adalbert diesen neuen Ort begünstigt [1]. Auf dem Raum, den die Neue Burg einnahm, an der Westseite des karolingischen Hamburgs [2], gedachte Adolf die neue Stadt zu errichten. Zur Ausführung dieses Planes bot sich Wirad von Boizenburg dar. Es ist uns der Kontrakt erhalten, in dem die Bedingungen verzeichnet wurden, unter welchen sich Graf Adolf und Wirad über die Gründung verständigten [3]. Nicht als eigentlich städtische Urkunde kann man das Dokument auffassen: es ist der Vertrag zwischen dem Grundherrn und dem Unternehmer und dessen Genossen [4], aber diese haben die Absicht, sich selbst als Bürger in der von ihnen zu gründenden Stadt niederzulassen, und sie einigen sich deshalb mit dem Grafen nicht nur über Verhältnisse, die bis zur Einrichtung der Stadt gelten sollen, sondern auch über die Rechte und Freiheiten, welche jener den Bürgern derselben gewähren und vom Kaiser erwirken soll.

---

[1] Adami gesta Hammab. 3,26: Nam et dux — relicto veteri castello Hammaburg, novum quoddam praesidium sibi suisque fundavit, infra Albiam flumen et rivum, qui Alstra vocatur. Ita — ab invicem divisis, dux novum, archiepiscopus vetus coluit oppidum.

[2] Hamburger Urkundenbuch 1, N. 310: castrum nostrum novum in Hamborch, quod in occidentali parte civitatis situm erat.

[3] Daselbst 1, N. 285 aus dem 1842 verbrannten Liber privilegiorum quadratus. — Vgl. über diese Urkunde Lappenberg, Hamburgische Rechtsalterthümer 1, S. IX ff; Frensdorff, die Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks im 12. und 13. Jahrhundert, S. 16, 17.

[4] ab eo suisque cohabitatoribus; Wirado et suis cohabitatoribus; ausserdem finden sich die Ausdrücke coloni und incolentes; cives wird noch nicht gesagt.

Wirad hat „die an der Alster belegene Stadt Hamburg“ mit dem angrenzenden Lande bis an die Mitte des Alsterflusses zu Erbrecht (hereditario iure) vom Grafen empfangen, damit er dieses Gebiet unter Marktrecht (sub iure fori) frei bebaue [1]) und daselbst mit seinen Mitbewohnern, welche er hierher führen werde, für die von vielen Orten kommenden Leute einen passenden Hafen errichte [2]). Für die so zu errichtende Stadt bewilligt der Graf freie Worthe nach dem Rechte der Lübecker und erlässt den Einwohnern jeden Worthzins [3]).

---

[1]) urbem Hamburg iuxta Alstriam sitam et terram proximam urbi libere incolendam sub iure fori usque ad medium rivi Alstrie hereditario iure. — Der Ausdruck urbs kann nicht mehr bedeuten, als das später vorkommende idem castrum, das castrum nostrum novum in N. 310. — Ueber die Bestimmung usque ad medium rivi Alstrie vgl. Lappenberg, Rechtsalterthümer, S. XII.

[2]) ut ibidem ab eo suisque cohabitatoribus, quos illic adduxerit, aptus satis portus hominibus de multis circumquaque locis venientibus efficiatur.

[3]) Ad hunc itaque locum benivole expetendum liberas areas secundum iustitiam Lubicentium concedimus, cum adiacente pallude et Alstrewerdere,. et pascua et fructus arborum silvestrium habendos eque cum rurencibus. — Späterhin heisst es: Ad hec etiam omnem censum arearum prètaxatis incolis imperpetuum remittimus. — Der Ausdruck liberas areas bedeutet also etwas Anderes, als zinsfrei. Lappenberg, Rechtsalterthümer, S. X. Anm. 2, meint, er beziehe sich „auf verschiedene Gerechtsame und Nutzungen, zunächst die der Gerichtsbarkeit“ und er bringt dann den Ausdruck „an desse vryen stad“ im Stadtrecht von 1270, VII, 9 damit in Verbindung. — Frensdorff, a. a. O. S. 10, Anm. 11 geht auf die Erklärung nicht näher ein. — Nach meiner Ansicht bedeutet die Stelle dasselbe, wie die in Anm. 1 mitgetheilte. Wirad erhält urbem Hamburg — libere incolendam — hereditario iure. Nachdem er das Ganze in einzelne Worthe vertheilt (N. 390: in areas distributum), sollen dieselben als freie, liberae, an die Anbauer gegeben werden. — Diese Erklärung ergiebt sich z. B. aus dem Privileg Albrechts des Bären für die neue Stadt Stendal (Riedel, Bd. 15, S. 6) v. J. 1151: Areas supra nominate ville hereditario et libero eis iure concessimus, quatinus vendendi et pro arbitrio suo disponendi liberam habeant facultatem, eo tamen modo, ut censum earundem arearum, quatuor videlicet nummos, annuatim exinde persolvant. Freiheit und Erbrecht heisst also das Recht, die area zu verkaufen und nach Belieben darüber zu verfügen; verschieden davon ist die Befreiung vom Worthzins. —

Graf Adolf übergiebt die Urkunde, die er als Privilegium bezeichnet, Wirad und seinen Genossen, und verspricht ihnen, ein anderes Privileg vom Kaiser zu erwirken und die daraus erwachsenden Kosten zur Hälfte zu tragen [1]).

Am 7. Mai 1189 giebt Kaiser Friedrich I. auf Bitten des Grafen Adolf von Schauenburg den Bürgern desselben zu Hamburg einen Freibrief [2]), dessen Inhalt später von Adolf seinen Bürgern bestätigt wird [3]).

In diesen beiden Urkunden wird nicht gesagt, ob sie ausschliesslich für die Neustadt oder für Neustadt und Altstadt Geltung haben sollen. Da Graf Adolf den Anbauern der Neustadt ein kaiserliches Privileg zu verschaffen versprochen hatte, so möchte man allerdings von vornherein annehmen, dass die Urkunde Kaiser Friedrichs und die Bestätigung Adolfs der Neustadt allein angehören. Dagegen nimmt Lappenberg dieselben für die ganze Stadt in Anspruch [4]), und wir glauben ihm beistimmen zu müssen, obgleich wir weder seine Ansicht über den damaligen Umfang der Stadt, noch auch seine ganze Beweisführung uns anzueignen vermögen.

Um 1232 nämlich hat Kaiser Friedrich II. in zwei gleichlautenden Urkunden sowohl der Neustadt an der Alster, als auch der Altstadt die Rechte bestätigt, welche ihnen Graf Adolf III. verliehen habe [5]). Da diese Bestätigung auf Altstadt und Neustadt Bezug

---

Dieses Recht wird verliehen secundum justitiam Lubicentium, d. h. also, die Lübecker besassen es ebenfalls: es macht nicht den ganzen Inhalt, sondern eine Bestimmung der iustitia Lubicentium aus. Da bei der Erlassung des Worthzinses dieser iustitia nicht erwähnt wird, so ist es zweifelhaft, ob in Lübeck ein Worthzins bestand oder nicht. Vgl. Frensdorff, a. a. O., S. 10 u. Anm. 11.

1) Wirado et suis cohabitatoribus privilegium nostrum — contradidimus et spondemus pro alio privilegio a domino imperatore optinendo medietatem expensarum nos soluturos.

2) Hamb. U.B. I, N. 286: civibus suis in Hammenburg degentibus.

3) Daselbst I, N. 292; nostris civibus in Hammemburg.

4) Rechtsalterthümer, S. XI — XIV.

5) Hamb. U. B. I, N. 498: civibus civitatis antique in Hamborch; N. 499: civibus nove civitatis in Hamborch iuxta Alstriam.

nimmt, so — folgert Lappenberg — müsse auch die Urkunde selbst auf Altstadt und Neustadt sich bezogen haben [1]. Der Ausdruck Neustadt begreife aber keineswegs nur die Anlagen Wirads, durch welche das Kirchspiel St. Nikolai entstanden [2]: gleichzeitig dürften auch Niederlassungen im St. Katharinen-Kirchspiel stattgefunden haben [3], und auch das Kirchspiel St. Jakobi werde schon 1263 als Neustadt bezeichnet [4].

Die gleichzeitigen Niederlassungen zu St. Katharinen beruhen indessen auf einer blossen Hypothese, zu deren Stützung kein geschichtliches Faktum anzuführen wäre; der Gebrauch des Ausdrucks Neustadt für das St. Jakobi-Kirchspiel in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts kann für das Ende des 12. Jahrhunderts Nichts beweisen, da derselbe eine mehrfach wechselnde Bedeutung zulässt: nach unserm Dafürhalten konnte er erst nach Vereinigung der alten mit der neuen Stadt — der Kirchspiele Petri und Nikolai — für das Jakobi-Kirchspiel in Anwendung kommen, wurde er zur Unterscheidung des Letzteren von der früheren Neustadt auch wohl genauer als Neustadt ausserhalb der Stadt bestimmt, und hatte er keinerlei rechtliche, sondern nur eine topographische Bedeutung. Wir halten daher die behauptete Ausdehnung des Begriffs Neustadt für unerwiesen und verstehen darunter die Anlage Wirads, das Kirchspiel St. Nikolai.

Lappenberg meint, die Bestätigungen Kaiser Friedrich II. bezögen sich auf die Urkunde Adolfs von 1190 [5]; aber in Wirklichkeit gehen sie nicht auf diese, sondern auf den Kontrakt zwischen Adolf und Wirad zurück. Der auffallende Umstand, dass 1232 Etwas als von Adolf III. für Altstadt und Neustadt verliehen bestätigt wird, was nur auf die Neustadt Bezug haben konnte, kann also nicht zum Beweise für die Lappenbergsche Ansicht dienen.

---

[1] Rechtsalterthümer, S. XIII.
[2] Daselbst, S. XI.
[3] Daselbst, S. XI. — Eine Würdigung dessen, was Lappenberg an dieser Stelle über den Osterbrook beibringt, S. XV aber selbst widerlegt, wird besser bei einer Besprechung des Hammerbrooks zu geben sein. S. zu der letzteren Ansicht die Bemerkung von Hübbe, in Zeitschrift für Hamb. Gesch., 5, S. 434, Anm. 4.
[4] Daselbst, S. XII, XIII.
[5] Daselbst, S. XIII.

Um 1225 bestätigt Adolf IV. seinen Bürgern zu Hamburg die Rechte, die ihnen von Friedrich I. und Adolf III. verliehen seien, unter Wiederholung der Urkunde vom 24. Dez. 1190 [1]). Zwei Urkunden des Grafen Albrecht von Orlamünde von etwa 1216 und von 1224 für die Bürger von Hamburg gehören nicht hierher und sind an anderer Stelle zu besprechen [2]). — Etwa um 1213 bestätigt Graf Albrecht seinen Bürgern zu Hamburg, die in der Neustadt wohnen, ihre Freiheiten [3]). — Unzweifelhaft neustädtische Urkunden haben wir also drei: den Kontrakt zwischen Adolf und Wirad, die Urkunde Albrechts und die Urkunde Kaiser Friedrich II.; zu den zweifelhaften Urkunden Friedrich I. und Adolf III. kommt hinzu die Urkunde Adolf IV.

Die Frage, ob die Rechte, welche Friedrich I. gewährt hat, allein für die Neustadt oder für die ganze Stadt gegolten, fällt nicht nothwendig zusammen mit der weiteren, ob Neustadt und Altstadt rechtlich ganz gleich gestellt gewesen seien. Lappenberg hat beide zusammen beantwortet, und dadurch sind Schwierigkeiten erwachsen, die wir vermeiden können. Nach seiner Ansicht war „die alte Unterscheidung der herzoglichen (Neu-) und erzbischöflichen (Alt-) Stadt — nur noch im Curialstyl richtig, oder für den Fall, dass der Erzbischof alte Rechte wollte geltend machen [4]).“ Da nun aber Graf Albrecht den Bürgern der Neustadt ihre Rechte bestätigt, so meint er: „Wir müssen hier entweder annehmen, dass die gleichlautende Bestätigung für die Altstadt verloren ist, was deshalb nicht wahrscheinlich, weil sie doch in dem alten Copialbuch, durch welches wir jene allein kennen, nicht fehlen durfte; oder wir dürfen folgern, dass jene Urkunde in die Jahre 1208 oder 1209 fällt, wo der vom Könige Waldemar ernannte Hamburgische Erzbischof Burchard von Stumpenhusen sich Hamburgs bemächtigt hatte [5]).“

---

[1]) Hamb. U. B. 1, N. 486: civibus nostris in Hammenburg.
[2]) S. unten.
[3]) Hamb. U. B. 1, N. 389: cives nostros Hammenburgenses in nova civitate manentes.
[4]) Rechtsalterthümer, S. XIII.
[5]) Daselbst.

Abgesehen davon, dass die Urkunde von Lappenberg selbst wegen der darin genannten Zeugen in das Jahr 1212 gesetzt ist[1]), wird man dieser Erklärung einer ausschliesslich für die Neustadt erlassenen Urkunde schwerlich einige Wahrscheinlichkeit beimessen, schon weil sie eine in Nichts bezeugte Trennung zwischen Altstadt und Neustadt voraussetzt, die es möglich macht, dass der Graf die Neustadt, der Erzbischof die Altstadt in seiner Gewalt hat. Hält man jene Fragen auseinander, so kann man annehmen, dass es sich in der Urkunde um Sonderrechte der Neustädter Bürger handele. Dass es deren gab, ist uns ausdrücklich bezeugt. Um 1246 nämlich verliehen die Grafen Johann und Gerhard der Stadt Hamburg die Wasserfläche vom Minoritenkirchhof bis zum Mildradisthor und bestimmten, dass diejenigen, welche auf dem Boden des auszutrocknenden Wassers sich anbauen würden, die Rechte der neuen Stadt erhalten sollten[2]).

Graf Albrecht gewährt und bestätigt den Hamburger Bürgern in der Neustadt „jede Freiheit und Gerechtsame, die sie von unsern Vorgängern gehabt haben, dass sie nämlich zweimal im Jahr einen festlichen Jahrmarkt haben — und in Allem nach dem Rechte der Lübecker leben[3])." Was auf den ersten Blick auffällig erscheint, dass als Inhalt aller Rechte der Bürger, nicht etwa als namentlich hervorzuhebende jene beiden Bestimmungen genannt werden, das gewinnt so betrachtet volle Erklärung.

Zunächst ist zu konstatiren, dass beide Bestimmungen in der That auf den Kontrakt Adolfs und Wirads zurückgehen. Freilich ist in demselben nicht ausdrücklich gesagt, dass die Bewohner der Neustadt alle Gerechtsame der Lübecker haben sollen; aber —

---

[1]) Vgl. über die Datirung auch Usinger, Deutsch-dänische Geschichte 1189—1227, S. 257, Anm. 2, u. S. 440.

[2]) Hamb. U. B. I, N. 535: et si qui intra spacium ipsum edificaverint, iura nove obtineant civitatis.

[3]) Daselbst I, N. 389: eis omnem libertatem et iustitiam, quam habuerunt a predecessoribus nostris, donamus et confirmamus. Ita videlicet, ut bis in anno sollempnes habeant nundinas, — et secundum iusticiam Lubicensium in omnibus se habeant.

müssen wir annehmen — es ist dies vorausgesetzt. Als einzelne Anwendung erscheint es, wenn Graf Adolf freie Worthe nach der Gerechtsame der Lübecker verleiht [1]). Eine andere ist die Uebertragung des Lübischen Stadtrechtes [2]). Auch diese geschieht nicht ausdrücklich, ist ebenfalls vorausgesetzt, wenn es heisst, dass wo auch immer — in der Grafschaft Adolfs — ein Bürger eines Vergehens sich schuldig machen werde, er dasselbe nach Lübischem Rechte bessern solle [3]). Der zweimal jährlich zu haltende Markt wird gleichfalls in jener Urkunde bewilligt [4]).

Blicken wir nun auf die Urkunde Friedrich I. und ihre Bestätigungen, so finden wir beide Bestimmungen nicht in dieselben hinübergenommen. Da es sich in diesen um Rechte von der höchsten Bedeutung handelt, die gewiss nicht ohne Grund übergangen sein würden, so ergiebt sich, dass die Urkunden nicht ausschliesslich für die Neustadt erlassen sein können, sondern auf Altstadt und Neustadt Bezug haben müssen, und dass wirklich jene Bestimmungen das Sonderrecht der Neustadt enthalten.

---

[1]) S. oben S. 8, Anm. 3.

[2]) Die Ausdrücke iustitia und iura kommen promiscue in verschiedener Bedeutung vor. In den gräflichen Freibriefen für Hamburg scheint mir aber justicia die Gerechtsame zu bedeuten, bald die Gesammtheit, bald eine einzelne derselben. Ius verstehe ich hier als Stadtrecht, Statuten, und sehe darin einen und zwar den wesentlichsten Theil der Gerechtsame. Nach Lübischem Rechte zu leben, ist eine einzelne iusticia Lubicensium, die als Theil der gesammten Gerechtsame auf die Hamburger Neustadt übertragen wurde. In ganz Holstein nach Lübischem Rechte bessern zu dürfen, ist dagegen eine iusticia der Neustadt Hamburg. Die Lübecker Bürger vertheidigten sich innerhalb des ganzen Herzogthums Sachsen secundum iura iam dicte civitatis (Frensdorff S. 46.) — Vgl. übrigens über iusticia und iura Frensdorff S. 55, 56, der Beides als Stadtrecht im Gegensatz zu Stadtverfassung und Gerichtsverfassung erklärt.

[3]) In delinquentibus vero hec erit iusticia, ut ubicumque quispiam peccaverit, ibi Lubicensi iure emendet. — Lappenberg, Rechtsalterthümer S. X. erklärt ubicumque als Neustadt und Altstadt — s. dagegen Frensdorff S. 46, Anm. 24 —, richtiger S. XL als Holstein.

[4]) Bis in anno forum habebunt.

Ein weiterer Vergleich der Urkunden bestätigt das gewonnene Resultat. Wenn der Kaiser bestimmt, dass Waaren, welche innerhalb der Grafschaft Adolfs von Hamburgern gekauft sind, nicht mit Arrest belegt werden dürfen, falls nicht nachweisbar die Eigenthümer nachher ein Verbrechen begangen haben, so ist dabei wohl nur eine Erweiterung des für die Altstadt bestehenden Rechtes auf die Neustadt anzunehmen möglich, da andernfalls das Zugeständniss des Grafen, welches durch diese Bestimmung vorausgesetzt wird, gewiss in den Kontrakt aufgenommen worden wäre. Die Nutzniessung von Weide und Wald wird vom Kaiser durch den Zusatz „wie bisher“ näher bestimmt, der nur auf ein von den Altstädtern schon besessenes Recht hinweisen zu können scheint. Auch die Anordnung, dass zwei Meilen im Umkreise der Stadt keine Befestigung errichtet werden darf, scheint mit Nothwendigkeit auf die ganze Stadt bezogen werden zu müssen. Ebenso wird das Recht zum Fischfang in der Bille aus topographischen Gründen nicht wohl als ausschliesslich für die Neustadt gegeben aufzufassen sein.

Aus dieser Annahme, dass das kaiserliche Privileg für Altstadt und Neustadt Geltung haben solle, erklärt sich auch auf die einfachste Weise, weshalb die dafür anzuwendende Summe nur zur Hälfte von der Neustadt entrichtet werden sollte [1]).

In zwei Urkunden vom Jahre 1232 bestätigt, wie schon erwähnt [2]), Kaiser Friedrich II. der Neustadt und der Altstadt als Rechte, die ihnen Graf Adolf III. verliehen, die Bestimmungen des Wiradschen Kolonisationskontraktes. Die Originale befinden sich auf dem Gottorper Archiv zu Kopenhagen, auf dem Hamburgischen Archiv war keine Spur davon zu finden. Die von Lappenberg gegebene Erklärung dieses Umstandes, „dass die Hamburger es für unnöthig hielten, sie von dem Grafen oder dessen Kanzler einzulösen, da eine politische Trennung der Altstadt und der Neustadt längst nicht mehr vorhanden war,“ wird schwerlich Jemand mit

---

[1]) S. oben S. 9, Anm. 1.

[2]) S. oben S. 9, Anm. 5.

ihm für „sehr wahrscheinlich" halten [1]). Wäre wirklich eine solche Trennung längst nicht mehr vorhanden gewesen — freilich geht das Gegentheil davon gerade aus der Nachsuchung dieser beiden Urkunden durch Graf Adolf hervor, — so hätte doch der beiläufige Umstand, dass die kaiserliche Privilegienbestätigung diese Trennung als noch existent annimmt, die Stadt gewiss nicht übersehen lassen, dass es doch immerhin eine kaiserliche Privilegienbestätigung war, und eine solche wurde niemals von den Städten gering geschätzt.

Bei der Dunkelheit der Beweggründe, die Graf Adolf veranlasst, diese Urkunden sich ausstellen und seinem Archiv einverleiben zu lassen, mag es gestattet sein, eine wenn auch gewagt scheinende Vermuthung aufzustellen.

Am 18. Juni 1259 trug Papst Alexander IV. dem Abte und dem Prior zu St. Michaelis in Hildesheim auf, die Grafen Johann und Gerhard von Holstein zur Herausgabe der Stadt Hamburg an die Bremische Kirche anzuhalten, denn Erzbischof Hildebold habe ihm berichtet, dass sein Vorgänger Gerhard II. die zu seiner Kirche gehörige Stadt, ohne die Genehmigung des Domkapitels zu Bremen dem damaligen Grafen Adolf IV. widerrechtlich übertragen habe [2]). Und noch am 25. Oktober 1282 erklärte das Bremische Kapitel auf dem Stader Konzil, in Gegenwart des Erzbischofs Giselbert und der Bischöfe Ulrich von Ratzeburg, Hermann von Schwerin und Burchard von Lübeck, dass die Grafen von Holstein wider alles Recht die Stadt Hamburg und andere Güter der Bremischen Kirche inne hätten. Kein Erzbischof habe dieselbe zu veräussern vermocht, denn jede Veräusserung von Kirchengütern sei ungültig ohne die Zustimmung und Unterschrift des Kapitels. Wenn aber, wie man nicht

---

[1]) Hamb. U. B. I, N. 498, Anm. 1.

[2]) Hamb. U. B. I, N. 640: archiepiscopus Bremensis, nobis significare curavit, quod — Gerhardus, archiepiscopus — opidum Hammaburgense, ad ecclesiam Bremensem pertinens, sui capituli non accedente consensu, fratri Hadulfo —, tunc comiti Holtsatie, — de facto, cum de iure non posset, concessit.

hoffen wolle, irgend ein Erzbischof eine der Veräusserungen besiegelt und auch des Kapitels Siegel sich verschafft habe, so sei das ohne des Kapitels Vorwissen geschehen und ungültig [1]).

Leider sind wir über diesen für die Hamburgische Geschichte so äusserst wichtigen Vorgang des Weiteren nicht unterrichtet. Der Erzbischof verzichtet zu Gunsten des Holsteinischen Grafen auf die ihm bis dahin zustehende Stadt, das heisst auf seine Rechte in der Stadt. [2]) Diese Rechte können nur Bezug haben auf die karolingische Altstadt, nicht auf die von Adolf III. begründete Neustadt. Die Abtretung wurde nicht in legaler Weise vollzogen.

Es handelt sich dabei um Hoheitsrechte. Rathmannen und Stadtgemeinde, heisst es, hätten den Grafen den Treueid und Mannschaft geleistet, als wenn diese ihre Herren wären, und nähmen sich heraus denselben über Rechte und Einkünfte zu antworten, die dem Erzbischof zuständen. [3]) Die päpstlichen Delegirten sollen sie daher auffordern, von der Herrschaft der Grafen sich loszusagen und dem Erzbischof und der Bremischen Kirche über ihre Rechte und Einkünfte zu Rede zu stehen. [4])

Freilich mag man annehmen, dass diese Ansprüche übertrieben sind; aber das Factum, dass erzbischöfliche Rechte und Einkünfte von Gerhard an Graf Adolf

---

[1]) Hamb. U. B. I, N. 802: Nullus enim archiepiscopus — predicta bona aliquo modo alienationis distrahere poterat, quia irrita est episcoporum venditio vel alienatio in rebus ecclesiasticis absque convenientia et subscriptione capituli. Unde si aliquis archiepiscopus, quod non speramus, sigillum suum super aliqua alienatione dedisset, et sigillum capituli nostri procurasset apponi, nobis ignorantibus, hoc factum est subrepticium, et falsum esse diceremus.

[2]) Vgl. Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte 1, S. 90.

[3]) Hamb. U. B. I, N. 641, 1259 Juni 20: ipsique consules et commune predictis comitibus, quibus fidelitatis iuramenta et homagia prestiterunt, tamquam dominis eorum, intendunt ac eis de iuribus et proventibus eidem archiepiscopo debitis respondere presumunt.

[4]) ad devotionem et fidelitatem predictae ecclesiae, dictorum comitum totaliter dimisso dominio, tanquam devoti filii redeuntes, archiepiscopo et ecclesiae predictis de suis iuribus et proventibus integre respondere procurent.

veräussert sind, wird nicht bestritten werden dürfen, sei es nun, dass diese thatsächlich noch im Besitz des Erzbischofs gewesen seien, oder dass derselbe nur von Altersher Anspruch darauf erhoben habe. Räumte diese Abtretung das bisher dem gräflichen gegenüberstehende erzbischöfliche Recht aus dem Wege, gab sie dem Grafen auch in Bezug auf die Altstadt eine Stellung, wie er sie bisher nur der Neustadt gegenüber gehabt hatte, und war sie nicht in gesetzmässiger Weise zu vollziehen gewesen, so mochte der Gedanke nahe liegen, etwa später zu erhebenden Ansprüchen gegenüber das neu erworbene Recht dadurch zu sichern, dass man es in eine frühere Zeit zurück datirte, dass man den Unterschied verwischte, der bisher in dem Verhältniss zum Grafen zwischen Altstadt und Neustadt bestanden hatte. Aus diesem Grunde — so möchte ich annehmen — wurden von Graf Adolf kaiserliche Urkunden erwirkt, in denen, was sein Vater für die von ihm gegründete Neustadt that, als auch für die Altstadt gethan, bestätigt wurde; als Beweismittel wurden diese Urkunden dem gräflichen Archiv einverleibt.

Ein weiteres historisches Faktum tritt erklärend und bestätigend hinzu. Am 15. Mai 1228 schliesst Herzog Albrecht von Sachsen einen Vergleich mit Erzbischof Gerhard II., und verzichtet darin auf alle Ansprüche, die er auf die Stadt Hamburg, Ditmarschen, Stade, auf die Grafschaft und den Wald an beiden Seiten der Bille gehabt hat [1]). Der Herzog überträgt also die von ihm beanspruchten Rechte auf den Erzbischof, und der Erzbischof verzichtet auf das jetzt ihm zustehende gesammte Recht zu Gunsten des Grafen Adolf von Holstein. Dieser hat freilich schon früher die herzoglichen Rechte in seiner Hand gehabt, aber als Lehen, jetzt erhält er sie mit den bisher erzbischöflichen Rechten zu Eigenthum.

Zunächst wird man bei diesen Rechten an die Gerichtsgewalt denken müssen, als das wesentlichste Hoheitsrecht im Mittelalter. Zur Ausübung derselben

[1]) Hamb. U. B. I, N. 491: ab omni, quam habuimus super civitate Hamborch, Thetmarsia, Stadium, comitia et foresto ex utraque parte Bylne fluminis, cessimus actione.

finden wir in den älteren Städten vielfach zwei Organe, das eine für die höhere, das andere für die niedere Gerichtsbarkeit bestimmt. In der Neustadt bestand eine solche Scheidung jedenfalls nicht, denn Graf Adolf III. belieh Wirad von Boizenburg sowohl mit der höheren Gerichtsbarkeit — über Verbrechen, die an Hals und Hand bestraft werden —, als auch mit der niederen. Von den Gefällen jener übertrug er ihm ein Drittheil, die Gefälle dieser ganz. Mindestens ist es beachtenswerth, dass die Urkunde Friedrichs, die allerdings nicht das Verhältniss des Vogtes zu dem Grafen, sondern die Stellung der Bürger zu demselben bestimmen will, nur von denjenigen Strafgeldern redet, welche beim Verkauf von Lebensmitteln — Bier, Brot und Fleisch — fällig werden: der iudex soll ein, die Stadt zwei Drittheile der Gefälle erhalten. Ueber das eigentliche Gericht findet sich keine Bestimmung. Ob Ein iudex für Altstadt und Neustadt vorhanden war, oder ob jede ihren besonderen hatte, lässt sich nicht erkennen. — Einen festeren Anhaltspunkt gewinnen wir durch das Stadtrecht von 1292. Am Anfang desselben stehen einige Sätze, die offenbar nicht ursprünglich dazu gehört haben [1]), und die von Lappenberg mit Recht als die Bedingungen aufgefasst werden, unter denen Altstadt und Neustadt zu einer Gemeinde verschmolzen [2]). Darin heisst es: Ein raethus scal men och hebben, unde anderes nein, unde eine dincbanc darbi. Konnten wir zwei verschiedene Gerichtsbeamten nicht nachweisen, so haben wir den unverkennbaren Beweis von dem Vorhandensein zweier nach Altstadt und Neustadt getrennten Gerichtsstätten, einem Umstande, der sich am einfachsten durch die Annahme erklären würde, dass das Gericht in der Altstadt nicht dem Grafen unterstanden habe, also ein erzbischöfliches gewesen sei. [3]) — Bestätigend tritt derselben ein

---

[1]) Rechtsalterthümer I, S. 99.

[2]) In dessen demnächst erscheinender Abhandlung über die Hamburgischen Rathhäuser.

[3]) Doch findet sich eine solche Zweitheilung auch sonst. — Fürst Borwin von Rostock und seine Söhne verleihen i. J. 1262, Meklenburgisches U. B. 2, N. 959, S. 209: ob dilectionem et fidelitatem dilectorum burgensium nostrorum de

andrer Umstand zur Seite. Zu den Gerechtsamen der Lübecker, welche Graf Adolf der Neustadt gewährte, gehörte das Lübische Recht. Diese Gerechtsame aber bildeten eins der Sonderrechte der Neustadt. Konnte der Graf, wie wir annehmen müssen, diese Gerechtsame nicht auf die Altstadt übertragen, so besass er hier die Gerichtsgewalt nicht. — Wir erkennen also eine erzbischöfliche Gerichtsgewalt, die an der Dingstätte der Altstadt durch einen erzbischöflichen Beamten ausgeübt sein muss, und eine Gerichtsgewalt des Grafen, die der Vogt an der neustädtischen Dingstatt nach Lübischem Rechte ausübte.

Ein weiteres erzbischöfliches Recht war wohl die Münze. Kaiser Friedrich I. gab den Bürgern das Recht, die Pfennige der Münzer nach Gewicht und Reinheit zu prüfen. In der Bestätigung Adolf III. und der späteren Adolf IV. aus dem Jahre 1225 [1]) fehlt diese Bestimmung, offenbar weil nicht dem Grafen die Bestätigung derselben zustand. In die Bestätigung Johann's vom Jahre 1239, welche Erzbischof Gerhard II. als Zeuge unterschreibt, ist sie dagegen aufgenommen [2]).

In Folge dieses Uebergangs des erzbischöflichen Rechts [3]), vornehmlich der Gerichtsgewalt, auf den

---

Rozstoch —, ut unum consilium sit tocius civitatis et iudicium, quod prius erat in duo divisum. Am 29. Juni 1265 beschliessen darauf Rath und Gemeinde der Stadt, daselbst 2, N. 1051, S. 274: ut iudicium et consilium totius Rozstok in medio civitatis in foro ibidem iacente perpetuis temporibus sit habendum. — Interessante Verhältnisse zeigen auch andere Urkunden: für Güstrow v. 1248, Greifswald 1264, Parchim 1282.

[1]) Hamb. U. B. 1, N. 486.

[2]) Daselbst 1, N. 516: Concedimus eciam ipsis, ut denarios monetariorum in pondere et puritate valeant probare et examinare. — Bischof Albert von Lübeck schwört seinem Metropoliten, Gerhard II, um 1247: in iure suo, specialiter autem contra Hammaburgenses universos et singulos Beistand zu leisten (Hamb. U. B. 1, N. 543) und Lappenberg (daselbst Anm. 1) denkt dabei, wie ich glaube mit Unrecht, an „die Ansprüche des Erzbisthums nicht nur über das Domcapitel zu Hamburg, sondern auf die Stadt."

[3]) Der weiteren Untersuchung desselben in Bezug auf das Grundeigenthum (s. unten) und die Aemter oder Gilden muss ich mich hier enthalten.

holsteinischen Grafen verschmolzen Altstadt und Neustadt zu einer einheitlichen Stadtgemeinde, erweiterte sich die Kompetenz des gräflichen Vogtes über die ganze Stadt, trat der neustädtische Rath mit dem Organ der altstädtischen Gemeinde zu einem gemeinsamen Rathe zusammen. Es ist das das Resultat einer Entwickelung, die jedenfalls um 1248 ihren Abschluss erreicht haben muss [1]).

Gegen meine ganze Darlegung scheint zu sprechen, dass eine von Lappenberg um's Jahr 1210 gesetzte Urkunde [2]) ausgestellt ist von: advocatus et consules universi et commune civitatis in Hammenborch. Aber die Urkunde ist undatirt, die Jahreszahl von Dreyer willkührlich beigefügt [3]). Lappenberg meint, vielleicht sei die Anwesenheit des Hamburgischen Vogtes Reinner in Lübeck am 4. Dezember 1210 mit Ausstellung dieser Urkunde in Verbindung zu bringen; aber jedenfalls ist diese Anwesenheit kein Grund das Jahr 1210 festzuhalten. Auch die Sprache, führt Lappenberg an, weise auf diese Zeit hin; natürlich hindert das aber nicht, die Urkunde einige Jahrzehnte später zu setzen. Die Hamburger schliessen darin eine enge Verbindung mit den Lübeckern. Wir wünschen, heisst es, dass ihr wisset, dass unser Recht auch euer Recht ist und sein soll, und umgekehrt, so dass eure Bürger mit ihren Waaren ohne Belästigung in unsere Stadt kommen und in unserer Stadt in Allem sich des Friedens und der Sicherheit erfreuen sollen, deren unsere Bürger mit ihren Gütern geniessen. Jedenfalls geht die Urkunde sachlich den beiden weiteren Vereinbarungen zwischen Lübeck und Hamburg vom Jahre 1241 voran [4]); aber einen

---

[1]) Das älteste Stadterbebuch beginnt bekanntlich mit diesem Jahre.

[2]) Hamb. U. B. 1, N. 381. — Vgl. Urk. v. 1263 Juni 28, Riedel I, 8, S. 164: prefecti, consules et scabini veteris civitatis et nove in Brandenburg und Urk. v. 1267 April 14, daselbst S. 167: consules et scabini nove civitatis Brandeburg. —

[3]) Daselbst, Anm. 1.

[4]) Daselbst 1, N. 524, 525.

bestimmten Anhaltspunkt für die Datirung kann ich nicht darin finden.

Auch noch ein anderer Umstand könnte gegen meine Ansicht geltend gemacht werden. Um 1264 nämlich gab Graf Gerhard den Hamburgern drei Bestätigungsurkunden. Die erste [1]) wiederholt die gelegentlich schon erwähnte [2]) 1246 erfolgte Uebertragung einer Wasserstrecke an die Hamburger, so dass sie über den ganzen Raum wie über die anderen Theile der Neustadt freies Verfügungsrecht haben und diejenigen, welche auf demselben sich anbauen werden, die Rechte der Neustadt erhalten [3]). In der andern wird das Privileg Adolf III. für die Neustadt bestätigt [4]). Die dritte enthält die Urkunde Adolfs für die ganze Stadt [5]), den Zusatz von 1239 in Bezug auf das Prüfungsrecht über die Münzen [6]) und den weiteren Zusatz, dass die Bürger alle Gerechtsame haben sollen, deren die Lübecker in ihrer Stadt geniessen [7]). Betrachtet man die drei Urkunden im Zusammenhang, so wird man nicht auf ein Fortbestehen des alten Unterschiedes zwischen Neustadt und Altstadt schliessen dürfen. Der neuangebaute Theil soll dasselbe Recht erhalten, das einst der neuen Stadt gegeben wurde, eben deshalb wird die Urkunde Adolfs für Wirad bestätigt. Es soll aber kein Zweifel darüber möglich sein, dass die hier gewährten Gerechtsame der Lübecker jetzt nicht mehr ausschliesslich für die Neustadt Geltung haben: ebendeshalb wird in der Urkunde Adolf III. für die ganze Stadt der betreffende Passus eingeschaltet.

---

[1]) Daselbst 1, No. 680.

[2]) S. oben S. 10.

[3]) ita quod de omni spacio illo sicut de aliis partibus nove civitatis disponendi liberam habeant facultatem, et si qui intra spacium ipsum edificaverint, iura nove obtineant civitatis. Vgl. damit N. 535 u. oben S. 6 Anm. 3.

[4]) Hamb. U. B. 1, N. 681.

[5]) Daselbst 1, N. 679.

[6]) S. oben S. 19, Anm. 2.

[7]) Insuper omnem iusticiam, qua Lubicenses in civitate eorum frui solent, prefatis nostris civibus conferimus et donamus.

Etwa um das Jahr 1216 gestattete Graf Albrecht von Orlamünde den Bürgern zu Hamburg [1]), dass die in kaufmännischem Gewerbe ausfahrenden Bürger frei sein sollen von Zoll und Ungeld in Boizenburg, Geesthacht, im Krauel und Eslingen. In Lauenburg dagegen sollen sie von jeder Wagenlast 5 Pfenninge entrichten: was sie aber für den Werth der so verzollten Waaren kaufen werden, dürfen sie bei ihrer Rückkehr zollfrei durch Lauenburg hindurchführen [2]). Auf der Bille haben sie für Alles Zoll zu entrichten, was sie zu verkaufen gedenken, das Holz aber, das sie zu eigenem Bau gebrauchen, soll zollfrei sein. In Bezug auf Weide und Brennholz dürfen sie sich derselben Freiheit erfreuen, die sie von früherher gehabt. Und im Uebrigen, heisst es am Schluss, sollen sie des Rechtes der Soester und Lübecker geniessen [3]). Diese Bestimmungen zusammengefasst werden bezeichnet als das Recht, welches den Bürgern von Herzog Heinrich dem Löwen gegeben und von Graf Adolf aufrecht erhalten sei [4]). Ein Artikel nimmt noch ausdrücklich Bezug auf die Anordnung Heinrichs des Löwen. In Lauenburg, heisst es, sollen die Bürger Zoll von den Schiffen bezahlen, wenn sie nicht den Beweis zu liefern vermögen, dass der Herzog sie von der Zahlung desselben befreit habe [5]).

In summarischer Weise sind den Bürgern zu Hamburg am 24. Dezember 1224 von Albrecht von Orlamünde alle Rechte bestätigt, die ihnen zur Zeit des Herzog

---

[1]) Hamb. U. B. 1, N. 401: in Boiceneburch, in Hachede et in Alstra, et in loco, qui Crowel dicitur. — Für das entschieden unrichtige Alstra des Liber privilegiorum quadratus hat Lappenberg Eslinga vorgeschlagen, was gewiss richtig ist.

[2]) Solvent quoque in Louenborg de plaustri onere quinque denarios. Et quecunque de pretio, que plaustris sic evehuntur, emptione compararint, redeuntes denuo libera ducent, sine exactionis et thelonei solutione. — Der ungelenke Ausdruck macht das Verständniss schwierig.

[3]) Et in reliquis iure fruentur Susatensium et Lubicensium.

[4]) iure quod a duce Heinrico felicis memorie datum eis fuerat et constitutum et a comite Adolfo per successionem permissum et observatum, talem habens formam et ordinationem.

[5]) In Louenburg autem thelonea solvent de navibus, nisi fuerit testimonio probatum, eos a predicto duce a solutione tali fuisse liberatos.

Heinrich verliehen, und von Graf Adolf gleichfalls bewilligt seien [1]). Sie sollen frei sein von der Zahlung des Ungelds und innerhalb des ganzen gräflichen Amtsbezirks ihre Freiheit haben in Bezug auf Weide, Wasser und Holz, sei es dass das Letztere zum Verkauf oder dass es zum Bauen oder Brennen gehauen sei.

Die Urkunde Heinrichs des Löwen ist uns nur durch diese Bestätigungen bekannt. Lappenberg hat bemerkt, dass sie am wahrscheinlichsten erlassen sein werde, als Heinrich sich Ende 1189 in den Besitz Hamburgs gesetzt hatte [2]). Lauenburg wurde etwa 1180 von Herzog Bernhard erbaut: nachdem er das an der anderen Seite der Elbe belegene Artlenburg geschleift, liess er aus den Steinen die neue Veste errichten und verlegte hierher — wie es scheint — die bis dahin in Artlenburg gewesene Fähre. Die Lübecker, heisst es, hätten sich deshalb beschwert und vom Kaiser die Bestimmung erwirkt, dass die Fähre nach wie vor in Artlenburg sein solle [3]). Man könnte also auch annehmen, die Hamburger hätten ihren Freibrief von dem Herzog zu einer Zeit erlangt, als noch kein Zollort Lauenburg existirte: da ihnen ebendeshalb in demselben keine Zollfreiheit für Lauenburg gewährt war, so mussten sie später für ihre Wagen jedenfalls, für ihre Schiffe in dem Fall den Zoll entrichten, dass sie die trotzdem von ihnen behauptete Befreiung nicht nachzuweisen vermöchten.

Die scheinbar untergeordnete Frage, die mit Sicherheit nicht zu beantworten ist, erhält durch den Umstand Bedeutung, dass das Privilegium, falls es vor dem Jahre 1180 erlassen wäre, der Altstadt Hamburg, nicht der Neustadt angehören würde.

Albrecht bestätigt die Urkunde Heinrichs burgensibus de Hamburg, ut respirent ab oppressionis iugo,

---

[1]) Hamb. U. B. 1, N. 483: omnia iura, que tempore ducis Heinrici data eis fuerant et constituta, et a comite Adolfo permissa.

[2]) Daselbst 1, N. 291.

[3]) Arn. Lub. 3, 1; vgl. Usinger, Deutsch-dänische Geschichte S. 41—43.

quo se querebantur afflictos [1]) und quia multis exactionibus et incommodis se conquerebantur afflictos [2]). Aus dem Vergleich ergiebt sich sofort, dass unter dem oppressionis iugum nichts Anderes zu verstehen ist, als die multae exactiones et incommoda [3]). Diese sind aber offenbar Verletzungen der den Bürgern ertheilten Privilegien [4]), denn in Folge ihrer Klage bestätigt ihnen der Graf dieselben.

Diese Privilegien sind Befreiungen von Zoll und Ungeld in Bezug auf herzogliche Zollstätten. Zoll und Zollfreiheit auf der Elbe — in Boizenburg, Lauenburg, Geesthacht, im Krauel und Eslingen [5]), — sowie auch auf der Bille, werden geregelt. Daran schliessen sich Begünstigungen für die Bürger in Bezug auf Nutzniessung von Weide, Wasser und Wald. Den Kaufleuten aus Hamburg gewährt der Herzog in seiner Eigenschaft als Inhaber des Zollregals und als Landesherr innerhalb seines Herzogthums gewisse Vorrechte, wie er sie ähnlich auch denen anderer Städte gewährt hat. Daraus erklärt sich die Schlussbestimmung: in Bezug auf Verhältnisse, für die Nichts ausdrücklich festgesetzt ist, sollen sich die Bürger von Hamburg derselben Rechte erfreuen, deren die Bürger von Soest und Lübeck geniessen [6]).

Ganz anders ist dieser Schlusssatz von Lappenberg verstanden worden. Er bezieht denselben nicht auf die Behandlung der Hamburger Kaufleute in dem Lande des Herzogs, sondern auf das Recht, nach dem dieselben als Bürger in ihrer Stadt leben sollen. Diese Ausle-

---

[1]) Hamb. U. B. 1, N. 401.

[2]) Daselbst 1, N. 483.

[3]) Usinger S. 257 denkt an die Leiden des Krieges und übersetzt: „von dem Joche der Unterdrückung"; „Bedrückung" wäre entsprechender.

[4]) Usinger S. 258 übersetzt: „so viele Auflagen und unselige Verhältnisse." — Die Urkunden selbst bestimmen die exactio als Ungeld: N. 401: exactionis, que ungelt dicitur; N. 483: ab exactione illa que ungelt dicitur; und incommoda sind also wohl Zollplackereien.

[5]) Ueber diese Zollstätten vgl. Lappenberg, Die Elbkarte des Melchior Lorichs: Geesthacht S. 7, 8; Krauel S. 8, 9; Eslingen S. 9.

[6]) S. oben S. 22, Anm. 3.

gung, auf der allein die Annahme beruht, dass neben dem Lübischen das Soester Recht in Hamburg Gültigkeit gehabt habe [1]), ist aber keineswegs aufrecht zu halten. Wenig wahrscheinlich ist es schon, dass, wenn bei Gelegenheit der Ertheilung von Zollprivilegien eine Bestimmung über das Stadtrecht getroffen wurde, diese nicht nur mit jenen in einer Urkunde verzeichnet, sondern denselben ohne alle Verbindung als Schlusssatz angeklebt worden sei. Ferner hätte allerdings an und für sich der Herzog, als er im Besitze der Stadt war, eine solche Bestimmung treffen können, aber dass er selbst in Hamburg war, was dann noch am leichtesten die Veranlassung zu derselben gewesen sein könnte, wissen wir nicht, denn die Quelle berichtet uns nur von einer Vertreibung der gräflichen Besatzung durch Holstein-Stormarische Edle[2]), und es ist gar wohl zu beachten, dass die Bestätigungen und offenbar auch das ursprüngliche Privileg die Bürger nicht nostri burgenses, sondern einfach burgenses nennen. Datirt man aber die Ur-

[1]) Lappenberg, Rechtsalterthümer, S. XIV. und S. XXXIX. Er versteht freilich unter dem Soester Recht „nichts anders —, als das daneben angeführte Lübecker Recht, von welchem jenes die Grundlage bildete;“ spricht aber doch „von der Uebertragung der Lübecker und Soester Rechte auf Hamburg.“ — Ihm folgend sagt Frensdorff, S. 54: „Die Bürger von Hamburg sollen nicht ausser dem lübischen Recht das der Soester gebrauchen, sondern in der Zusicherung des lübischen Rechts ist ihnen zugleich das soester — gewährt.“ — Aber diese doch etwas künstliche Erklärung spricht wohl nur dafür, dass die ganze Stelle nach jener Auffassung nicht recht verständlich ist. — Später ist Lappenberg übrigens zu einer gar nicht zu billigenden Auslegung gekommen, indem er im Archivalbericht über den Ursprung und das Bestehen der Realgewerberechte, S. 92, in Bezug auf die angebliche Stiftung der Aemter der Gewandschneider und der Krämer durch Heinrich den Löwen bemerkt: „Muthmasslich dürfte jene Stiftung zu den von demselben Herzoge an Hamburg verliehenen Rechten gehören, deren Character wir nicht genau nachweisen können, welche aber vom Grafen Adolf III. geduldet, vom Grafen Albrecht von Orlamünde und Holstein im Jahre 1224 bestätigt sind.“

[2]) Arn. Lub. 4, 1: Qui (meliores Holsatorum Sturmariorum) statim occupaverunt loca comitis, Hammenburg, Plune, Etziho, et eiecerunt homines eius de terre. — Vgl. Cohn, De Rebus inter Henricum VI. imperatorem et Henricum Leonem actis, S. 32—33.

kunde Heinrichs vor 1180, so muss dieselbe erwähntermassen der Altstadt angehören und an eine Verleihung des Stadtrechtes von Lübeck und Soest ist gar nicht zu denken. Vollständig hinwegfallen würde jeder Grund zum Zweifel, wenn der die von Heinrich ertheilten Rechte bestätigende Graf Adolf, wie Lappenberg annimmt[1]), Adolf von Dassel, Graf von Ratzeburg wäre, denn der Ratzeburger Graf hat doch entschieden nie Etwas mit dem Stadtrecht der Hamburger zu thun gehabt. Das aber ist von Usinger in Zweifel gezogen[2]), und allerdings wird man unter Adolf nur den Grafen von Holstein-Stormarn verstehen können[3]). Aber auch so wird man, unserer Ansicht nach, die Auslegung Lappenbergs fallen lassen müssen, nach welcher jene Stelle an sich ziemlich unverständlich und mit der übrigen urkundlichen Ueberlieferung in Widerspruch ist.

---

1) Hamb. U. B. 1, N. 401 Anm. 2. — Ebenso auch Mekl. U. B. 1, S. 208 N. 221.

2) S. 257. Anm. 4.

3) Was auch Lappenberg später einsah; s. S. 25, Anm. 1.

II. Uebersicht der Stadtverfassung nach den ältesten Privilegien.

Bei Betrachtung der ältesten Freibriefe Hamburgs handelt es sich um ein Zweifaches. Es sind einerseits die Rechte festzustellen, welche den Bürgern als solchen von dem Grafen und dem Kaiser ertheilt werden. Andrerseits gilt es die Rechte zu bestimmen, die dem Herrn der Stadt vorbehalten bleiben. Dabei ist zu unterscheiden, ob es sich nur um die neue Stadt handelt, oder ob von der ganzen Stadt die Rede ist. Der besonderen Verhältnisse der Altstadt ist in diesen Urkunden nicht gedacht, und es muss füglich die Schilderung derselben im Einzelnen unterbleiben.

Der Herr der Stadt hat die Gerichtsgewalt, er setzt den Vogt oder Richter, der in seinem Namen das ungebotene und das gebotene Ding hält [1]). Diese Stellung ist entschieden bei Begründung der Neustadt von Graf Adolf dem Wirad von Boizenburg für die erste Zeit übertragen [2]). Es wird dabei eine höhere und eine niedere Gerichtsbarkeit unterschieden. Jene betrifft Verbrechen, die an Hals und Hand gehen, und soll sofort ausgeübt werden. Die Gefälle bezieht der Vogt zu einem Drittheil für sich: die beiden übrigen soll er also dem Grafen überliefern. In Bezug auf Verbrechen, die nicht an Hals und Hand gehen, gesteht der Graf dem Vogte nach Ablauf dreier Jahre

[1]) Vgl. Lappenberg, Rechtsalterthümer, S. XXI. und XXII., und in Bezug auf den Lübecker Vogt Frensdorff, S. 36, 82—85.

[2]) Lappenberg S. X, XXXV hält ihn meiner Meinung nach mit Recht für identisch mit dem 1190 und 1195 genannten Rathmann Wirad (Hamb. U. B. N. 292 und 310), wenn auch Frensdorff S. 17 dagegen einwendet, dass sowohl die ihm beigelegten Rechte, als auch die Stellung der Lokatoren in anderen Städten diese Annahme bedenklich machten. Vgl. S. 28, Anm. 1.

während deren er zu Gunsten der Anbauer auf seine Rechte verzichtet, die Gefälle ganz zu [1]).

Militärische Befugnisse stehen dem Vogt als Vertreter des Grafen nicht zu. Kaiser und Graf haben die Bürger der Stadt nicht nur von der Heerfahrt, sondern auch von der Landwehr befreit [2]).

Das Münzregal übt der Stadtherr durch seine Beamten; aber die Prägung unterliegt einer städtischen Beaufsichtigung in Bezug auf Reinheit und Gewicht [3]). Vor dem Münzhause wird der Geldwechsel dem herrschaftlichen Münzer vorbehalten, überall sonst aber ist er den Bürgern freigegeben [4]).

Der Grund und Boden, auf dem sich die Neustadt erhob, hatte dem holsteinischen Grafen gehört; aber der Worthzins, der vielfach in Folge eines solchen Verhältnisses auf die einzelnen Baustellen oder Worthe gelegt ward, ist den Anbauern ausdrücklich erlassen worden [5]).

Handel und Verkehr waren die Grundlagen, auf denen die Existenz der Städte beruhte: sie zu sichern und zu heben, musste also vor Allem Bedacht genommen werden. Soweit seine Herrschaft reicht, gestattet der

---

[1]) Hamb. U. B. 1, N. 285: Preterea omnem iusticiam nostram incolentibus idem castrum tribus annis remittimus; preter dilicta, que ad manum vel ad collum amittendum cedent. Tribus annis transactis, omnium, que illic in iudicio prefatus Wiradus vel successor eius lucratus fuerit, fruatur, exceptis que ad manum vel ad collum cedunt, de quibus terciam partem habebit. Das vel successor beweist, das Wirad diese Rechte nicht für seine Person erhielt, sondern dass er ein Amt inne hatte, dem dieselben zustehen sollten.

[2]) Hamb. U. B. N. 286 und 292. De omni autem expedicione ipsos cives liberos fore annuimus: similiter eciam et in defensione tocius terre. — Vgl. Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte 1, S. 110; Frensdorff, S. 45. —

[3]) N. 286: Potestatem etiam habeant examinandi denarios monetariorum in pondere et puritate. In der gräflichen Bestätigung N. 292 fehlt der entsprechende Passus, s. oben S. 19.

[4]) N. 286 und 292: Argentum quoque in ipsa civitate si quis ambire voluerit, in quocumque loco fuerit oportunum cambiat, nisi fuerit ante domum monete.

[5]) S. 8, Anm. 3.

Graf den Anbauern der Neustadt, sollen sie frei sein von Zoll und Ungeld [1]); Zollfreiheit vom Meer bis an die Stadt gewährt der Kaiser den Bürgern der Stadt mit ihren Schiffen, Waaren und Leuten [2]). Nur für die von ihnen geführten Waaren Fremder sind sie den erzbischöflichen Zoll in Stade zu entrichten gehalten, aber sie brauchen dort nicht erst anzulegen, sondern nur einen Gesandten hinzuschicken, welcher die Menge der Waaren deklarirt und die Richtigkeit seiner Angaben eidlich bekräftigt [3]). Sollte der Zollbeamte meinen, dass der Gesandte nicht richtig verzollt habe, so muss er ihm nach Hamburg folgen und hier seine Klage anhängig machen [4]). Wenn die Bürger innerhalb der Grafschaft Adolfs Waaren gekauft haben und auf Wagen oder zu Schiff hinwegführen, Holz, Asche oder Getreide, so darf Niemand dieselben mit Beschlag belegen oder an ihrem Transport hindern; es sei denn, dass erweislich die Bürger nachher ein Verbrechen begangen hätten [5]). Wo aber auch in der Grafschaft ein Bürger der Neustadt eines Vergehens sich schuldig

---

[1]) N. 285: Preterea eosdem colonos ab omni theoloneo liberos esse volumus in omnibus castris et villis sive civitatibus seu quibuscumque locis, que ad dominium nostrum spectant. — N. 286: Et in omni districtu dominii — comitis ipsos burgenses liberos facimus de theloneo et omnis ungeldi exactione; entsprechend N. 292.

[2]) N. 286: ut una cum navibus suis et mercandisiis ac hominibus de mare usque ad — civitatem liberi sint ab omni theloneo et ungeldi exactione veniendi et redeundi; vgl. N. 292.

[3]) N. 286: Si vero aliqua bona duxerint hospitum, mittant nuntium ydoneum Stadis, qui per iuramentum suum theloneum persolvat secundum bonorum quantitatem.

[4]) N. 286: Si autem videtur thelonеario, quod in aliqua parte theloneum neglexerit, sequatur ipsum Hammenburg, ut secundum iusticiam satisfaciat et emendet.

[5]) N. 286: Qualiacumque eciam bona oppidani — emerint vel comparaverint in terminis — eorum domini, in lignis, cineribus vel blado, et in curru vel navi oneraverint, illa bona a nemine debent arestari vel impediri, nisi per testes ydoneos probabile sit, quod post hec aliquod fecerint forefactum; vgl. N. 292.

macht, so hat er doch dasselbe, als wenn er in Hamburg wäre, nach Lübischem Rechte zu bessern [1]).

Suchen diese Bestimmungen eine freie Bewegung des Kaufmanns nach aussen hin zu fördern und zu sichern, so stehen ihnen andere zur Seite, welche ihn als Einwohner seiner Stadt zu schützen und zu begünstigen bestimmt sind.

Die Bürger bilden in ihrer Gesammtheit die Stadtgemeinde, commune civitatis. Als eine solche erhalten sie jene Befreiung von Heerfahrt und Landwehr. Gleich den Mitgliedern ländlicher Gemeinden wird ihnen Nutzniessung des Waldes, auch zum Holzfällen, und Weide gewährt: früh mögen sie ihr Vieh heraus und spät wieder heimtreiben [2]). Daneben gestattet ihnen der Kaiser den Fischfang: in der Elbe zu beiden Seiten der Stadt je zwei Meilen weit, ausserdem eine Meile die Bille hinauf [3]). Neben ihrer Stadt soll zwei Meilen in der Runde keine Befestigung angelegt werden [4]).

Der eigentliche Mittelpunkt städtischen Lebens ist der Markt, der Einkauf und Verkauf. Als Marktrecht wird das Recht bezeichnet, zu dem die Anbauer der Neustadt sich niederlassen. Der Marktplatz bildet daher auch den Mittelpunkt für die Ansiedlung. Im Gegensatz zu dem Marktplatz der Altstadt wird er später als der neue Markt, dann auch als Hopfenmarkt bezeichnet. Allwöchentlich findet hier der gewöhnliche Markt statt, hier auch wird der zweimal jährlich ge-

---

[1]) N. 285: In delinquentibus vero hec erit iusticia, ut ubicumque quispiam peccaverit, ibi Lubicensi iure emendet. — Vgl. oben S. 15, Anm. 3.

[2]) N. 285: pascua et fructus arborum silvestrium habendos eque cum rurencibus. N. 286 u. 292: Pascuis vero utantur, ut eorum pecora mane exeant et sero revertantur. Decrevimus vero, ut incidendorum lignorum terre illius usum habeant et in fructibus lignorum sicut actenus libere perfruantur.

[3]) N. 286 u. 292: Et piscaturam habeant in aqua dicta Albia ex utraque parte civitatis ad duo miliaria. Similiter in rivulo dicto Billa liberam habeant potestatem in piscibus capiendis ad unius spacium miliaris.

[4]) N. 286 u. 292: Ipsisque illam conferimus libertatem, quod nemo edificet aliquod castrum penes eorum civitatem circumquaque ad duo miliaria.

währte grössere Markt, der Jahrmarkt abgehalten [1]). Das sich hier entwickelnde rege Leben und Treiben bedarf einer Regelung, einer Beaufsichtigung, es sind Vorschriften zu geben, Streitigkeiten zwischen Käufern und Verkäufern zu schlichten, Betrügereien zu verhüten und zu bestrafen. Diese Polizeigewalt ist der Stadt überlassen: unrichtiges Mass und Gewicht beim Verkauf von Bier, Brot und Fleisch wird von der Stadt bestraft, von den Gefällen erhält sie zwei, der herrschaftliche Beamte ein Drittheil [2]).

Zur Ausübung der ihr verliehenen Befugnisse und zur Vertheidigung ihrer Freiheiten bedarf die Gemeinde eines Organs, des Rathes. Die Gründungsurkunden erwähnen seiner freilich nicht, aber er ist vorausgesetzt, und seine Mitglieder, die consules, bekräftigen schon die gräfliche Bestätigung des kaiserlichen Privilegs durch ihre Zeugenschaft [3]). Der Rath ist der Vertreter der Gemeinde dem Stadtherrn und dessen Vertreter gegenüber, der Gemeinde wieder steht er als Obrigkeit vor.

Das sind im Wesentlichen die Verhältnisse, die wir in Hamburg zu erkennen vermögen: eine Stadtgemeinde mit mancherlei Rechten und Freiheiten, an ihrer Spitze Rath und Vogt, von denen jener das Recht der Gemeinde, dieser das Recht des Herrn der Stadt zur Geltung bringt, und die beide der Gemeinde als Obrigkeit gegenüber stehen. Bei einem Auftreten nach aussen hin, bei Verhandlungen, Prozessen und Verträgen wirken diese drei Elemente zusammen: advocatus et consules universi et commune civitatis in Hammenborch [4]).

---

[1]) N. 285: Bis in anno forum habebunt, scilicet in assumptione sancte Marie et festo sancti Viti, preter forum, quod qualibet ebdomada die, qua decretum fuerit, fiet.

[2]) N. 286 und 292: Quod autem in cervisia, pane vel carnibus per iniustam mensuram delinquitur, quicquid lucri seu compositionis exinde provenerit, tertia pars iudici due vero cedant civitati.

[3]) Hamb. U. B. N. 292.

[4]) Daselbst, N. 381.

III. Der Gerichtsvogt.

Die Geschichte der Vogtei [1]) beginnt mit der Errichtung der Neustadt. Für die Altstadt sind wir ohne Nachrichten: nur hier und da mag einmal aus einer spätern Angabe ein Rückschluss auf die Vorzeit gewonnen werden. Für die Neustadt dagegen ordnet die älteste Urkunde, ohne freilich den Namen zu nennen, das Verhältniss des Vogtes zu dem Grafen [2]).

Der Graf ist Inhaber der Gerichtsgewalt, als solcher erhebt er die Gerichtsgefälle. Das Organ für die Ausübung des gräflichen Rechtes ist der Vogt oder Richter, advocatus, iudex; er erhält für dieselbe einen Antheil an den Gefällen. Vielfach finden wir bei Städtegründungen, dass dem eigentlichen Gründer, locator, von dem Stadtherrn eine solche Stellung zugewiesen wird [3]). Auch bei Wirad von Boizenburg ist das der Fall. Graf Adolf beleiht ihn mit der vollen Gerichtsbarkeit. Die Gefälle der hohen Gerichtsbarkeit erhält Wirad oder sein Nachfolger in dem Amte zu einem Drittheil, die der niederen ganz [4]). Dass in den ersten drei Jahren den Anbauern die Gefälle der niederen Gerichtsbarkeit erlassen werden sollen, scheint singulär, doch verzichtet zu Gunsten seiner Neugründung der Stadtherr in der Regel für die ersten Jahre auf bestimmte Rechte.

Neben dieser hoheitlichen Gerichtsgewalt besteht eine kommunale Polizeigewalt, die sich zunächst auf die Marktpolizei bezieht und gegen falsches Mass und Gewicht beim Verkauf von Bier, Brot und Fleisch gerichtet ist [5]). Der Vogt übt zwar diese nicht aus, doch

---

[1]) Vgl. Lappenberg, Rechtsalterthümer, S. XX—XXXI.; Jakobj, Geschichte des Hamburger Niedergerichts, S. 6—9; Frensdorff S. 80—97.

[2]) Hamb. U. B. I, N. 289.

[3]) Vgl. Frensdorff, S. 17.

[4]) S. oben S. 28, Anm. 1.

[5]) Ueber des Rathes iudicium de cibariis vgl. Nitzsch, Ministerialität und Bürgerthum im 11. und 12. Jahrhundert S. 188, 194 ff.

erhebt er hier gleichfalls ein Drittheil der Gefälle [1]). Wie zwei Drittel von den Gefällen der Gerichtsbarkeit dem Grafen zustehen, so auch gebühren der Stadt zwei Drittel von den Gefällen der Polizei.

Wohl schon in früher Zeit erlangte die Stadt, dass neben dem Vogte zwei Rathmannen dem Gerichte vorsassen. Diese werden in der Regel schlechthin als Vögte, advocati, genauer als Beisitzer und Mitrichter des Vogtes, assessores et coniudices, bezeichnet [2]) und sind nicht mit dem eigentlichen Vogte, qui presidet in iudicio [3]), zu verwechseln.

Da die Stadt vom Kaiser sowohl von dem Heerbann als der Landesvertheidigung eximirt war, so hatte sie nur sich selbst zu vertheidigen und etwaige eigene Fehden zu führen. Zu dem letzteren Zwecke bediente sie sich eines reitenden Vogtes [4]) — Ausreitervogt wird er in Lübeck genannt [5]) —, der in der Stadt Diensten stand und nicht mit dem gräflichen Gerichtsvogt konfundirt werden darf, wenn er auch häufig nur als advocatus bezeichnet wird.

Die gräfliche Vogtei, welche Wirad inne hatte, erstreckte sich nur auf die Neustadt. Ueber die Gerichtsverhältnisse der Altstadt wissen wir nichts Gewisses, — jedenfalls wurde eine besondere Gerichtsbarkeit für dieselbe unnöthig, als Neustadt und Altstadt zu einer einheitlichen Stadtgemeinde sich verbunden hatten. Neben dem Vogte Georg, der 1237 advocatus de Hammemborch genannt wird [6]), begegnet uns 1236 ein Vogt Christian, 1238 ein Vogt Bertram. Man kann also annehmen, dass Georg, der seitdem allein erscheint, Vogt der Neustadt, Christian und Bertram nach einander Vogt der Altstadt gewesen seien, und dass unter Georg nach 1238 die ursprünglich neustädtische Vogtei

[1]) S. oben S. 31. Anm. 2.

[2]) Lappenberg, Rechtsalterthümer S. XXIII, XX.

[3]) Stadtrechnungen vom Jahre 1352, Ausgaben, Vestitus.

[4]) Lappenberg, Rechtsalterthümer S. XXV.

[5]) Vgl. Pauli, Lübeckische Zustände zu Anfang des 14. Jahrhunderts, S. 91, 97, und in Zeitschr. für Lüb. Gesch. 1 S. 219—20.

[6]) S. die Nachweise unten im Verzeichniss der Gerichtsvögte.

auch über die Altstadt sich ausgedehnt habe. Um 1237 wird freilich Georg ohne weiteren Zusatz als Vogt von Hamburg bezeichnet, aber das wird der Annahme nicht im Wege stehen, da die betreffende Urkunde vom Herzog Albrecht von Sachsen in Lauenburg ausgestellt wurde. In späterer Zeit, seit 1254, kommt neben Georg der Vogt Gerbert vor, aber daraus darf man nicht auf das Fortbestehen zweier Vogteien schliessen, denn 1252 heisst Georg der ehemalige Vogt und das ihm trotzdem späterhin beigelegte Prädikat advocatus kann also nicht als Titel, sondern muss als blosser Beiname aufgefasst werden. Erweislich ist dies bei seinem Nachfolger Gerbert der Fall, der 1266 als ehemals Vogt, 1264, 67, 68, 71 als: genannt Vogt und 1265, 67 als: Vogt bezeichnet wird. Man möchte meinen, dass auf dieselbe Weise auch das Vorkommen der Vögte Christian und Bertram zu erklären sei, aber Vogt Christian wird neben dem Zöllner Bernhard genannt, was schon an sich und nach einer Reihe von Analogien darauf hinweist, dass er jetzt diese Stellung inne hatte. Um 1241 und schon in einer jedenfalls älteren undatirten Urkunde[1]) steht an der Spitze, vor Rath und Stadtgemeinde nur Ein Vogt, der also wohl für die ganze Stadt bestellt gewesen sein muss.

Der Vogt war ein gräflicher Ministeriale, es war unnöthig, dass er Ritter war. Er bekleidete sein Amt nicht auf Lebenszeit. Zur Wohnung scheint ihm, doch wohl erst in späterer Zeit, der Hof der Grafen im Jakobikirchspiel, der sogenannte Schauenburgische Hof, angewiesen zu sein:[2]) die denselben durchschneidende von der Niedernstrasse zur Kirche heraufführende Strasse, die altstädter Fuhlentwiete, wurde Grafen- und Vogtstwiete genannt.

---

1) Hamb. U. B. 1, N. 524 und N. 381 (S. oben S. 20).

2) Lappenberg, Rechtsalterthümer S. XXVI macht aufmerksam auf ein von den Kämmerern 1413 verkauftes Erbe in der St. Johannisstrasse: hereditatem civitatis, in qua advocatus morari solebat. — Wenn hier nicht die Wohnung des Ausreitervogtes zu verstehen ist, so kann doch nur an die Zeit gedacht werden, wo die Vogtei im Pfandbesitz der Stadt war. —

Der Vogt führt den Vorsitz in dem ungebotenen, regelmässig wiederkehrenden, und dem gebotenen, besonders angesagten Gericht. Jenes — das Echtding — findet dreimal jährlich statt, dieses wird abgehalten, falls es die Nothwendigkeit erfordert[1]).

Der Ort des Dings ist der Marktplatz: für die Neustadt der Hopfenmarkt, für die Altstadt der Fischmarkt [2]), später der neue Markt der Altstadt, in dem ich den Dornbusch zu erkennen glaube [3]). Auf dem Markte stand das Rathhaus, daneben befand sich die Dingbank[4]). Bei Verschmelzung der beiden Stadtgemeinden wurde bestimmt, dass es fortab nur Ein Rathhaus und Eine Dingbänk geben, die Märkte aber fortbestehen sollten, wie bisher [5]). So ward den Märkten die frühere politische Bedeutung entzogen und statt der beiden Rathhäuser ein neues auf der Grenze der Altstadt und der Neustadt, das Rathhaus an der Trostbrücke, erbaut [6]).

1) In den Brandenburgischen Städten findet sich nach Kühns, Gesch. der Gerichtsverfassung und des Prozesses in der Mark Brandenburg, 2, S. 236 ff. keine Spur von Echtding, während das gebotene Ding alle 14 Tage abgehalten wurde (seine Annahme: alle 12 oder 14 Tage beruht auf einem Missverständniss des Ausdrucks: sexta feria).

2) Lappenberg, Rechtsalterthümer, S. IV. und VI., Miniaturen zu dem Hamb. Stadtrecht vom Jahre 1497, S. 16, 17, nimmt an, dass das gräfliche Vogtgericht im Schauenburgischen Hof, das erzbischöfliche neben dem Roland im Dornbusch stattgefunden habe.

3) Von demselben wird gelegentlich in anderm Zusammenhange zu sprechen sein.

4) Urk. des Fürsten Waldemar von Rostock für die Stadt Kröpelin vom 27. Dez. 1280 (Meckl. U. B. 3, N. 1553, S. 643): scampnum iudiciale, vulgari nomine dictum dingbanch —, in quo advocatus domini abbatis de Doberan solebat iudicio presidere.

5) Stadtrecht von 1292 fährt nach der oben S. 18. angeführten Stelle fort: Unde dhe markete scolen bliven also she eir weren. — In derselben Weise beschliessen Rath und Gemeinde von Rostock (oben S. 18 Anm. 3): Preterea forum beati Petri et beate Marie virginis parrochiarum, sicut hactenus, cum omni utilitate habuimus, est postmodum permansurum.

6) Auch hier ist vorläufig auf Lappenberg's demnächst erscheinende Arbeit zu verweisen.

Das Vogtgericht urtheilt über Rechtsverletzungen und entscheidet in Rechtsstreitigkeiten; aber auch die Verlassungen von Grundeigenthum werden hier vorgenommen.

Der Vogt als herrschaftlicher Beamter und der Rath als Organ der Gemeinde bilden die Obrigkeit der Stadt. Nach aussen hin treten sie mit der Stadtgemeinde zusammen als ein Ganzes auf: in ihrer aller Namen sind die städtischen Schreiben ausgestellt, an sie alle die auswärtigen Schreiben gerichtet.

Die Geschichte der Verfassung hat, kurz gesagt, denjenigen Gang genommen, dass sowohl die Theilnahme der Gemeinde geschmälert, als auch die Stellung des Vogtes herabgedrückt ist, die obrigkeitlichen Befugnisse des Rathes dagegen immer mehr zugenommen haben. In Bezug auf die Vogtei erkennen wir auch hier die beiden überall uns entgegentretenden Momente der städtischen Entwicklung: auf der einen Seite das Streben des Rathes dem herrschaftlichen Rechte sich zu entziehen, auf der andern Seite die privatrechtliche Auffassung der Hoheitsrechte abseiten des Inhabers. Das Endresultat ist, dass die Stadt durch Verpfändung in den Besitz der Vogtei kommt und der Vogt zu einem Gerichtshalter des Rathes herabsinkt.

Schon äusserlich lässt sich dieser Prozess daraus erkennen, dass in den Schreiben der Stadt nicht mehr Vogt, Rath und Gemeinde nothwendig zusammen auftreten [1]), sondern bald Vogt und Rath [2]), bald Rath und Gemeinde [3]), bald allein der Rath [4]): dieser ist es, der die Handlung vollzieht, ob er eine Theilnahme des Vogtes oder der Gemeinde namhaft macht oder nicht, ist ohne Bedeutung. Dennoch erhält sich auch die alte Formel in Gebrauch; noch 1327 schreiben an den

---

1) Hamb. U. B. 1, N. 381: undatirt; N. 524: 1241; N. 594: 1255.

2) Daselbst 1, N. 622: 1258; N. 676! 1264.

3) Daselbst 1, N. 786: 1280; N. 807: 1283.

4) Daselbst 1, N. 616: 1256—61; N. 789: 1280.

Papst der Vogt, die Rathmannen und die Gemeinde der Stadt Hamburg [1]).

Einen wesentlichen Abbruch erlitt das Ansehen des Vogtes vermuthlich in Folge der vollständigen Verbindung zwischen Altstadt und Neustadt. Von vornherein ist es wahrscheinlich, dass Graf Adolf III. die neugegründete Stadt mit grösseren Rechten ausgestattet habe, als diejenigen waren, welche die Altstadt besass. Die Verschmelzung von Altstadt und Neustadt führte dann dazu, dass die Gemeinde der Altstadt die Rechte erwarb, deren die neustädtische Gemeinde genoss, und dass das Recht des Vogtes auf dasjenige Mass herabsank, das ihm in der Neustadt gesetzt war.

Der Rath besass die Polizeigewalt. Diese bezog sich zunächst auf die Marktpolizei, wurde dann aber auch auf die Sicherheitspolizei ausgedehnt. Kraft dieser Gewalt trifft der Rath Bestimmungen, durch welche der Verkehr geregelt, der Friede in der Stadt gesichert wird, und hält Gericht, wenn dieselben übertreten worden sind. Vergehen gegen diese Bestimmungen treffen die ganze Stadt: daher werden sie von dem Rathe gerichtet und, abgesehen von der gerichtlichen Strafe für die etwaige Schädigung des Einzelnen, durch Zahlung einer weiteren Strafe an die Stadt gebessert. Der Graf oder sein Vertreter, der Vogt hatte an diesen letzteren Strafgeldern keinen Antheil. — Zu Ende des 13. Jahrhunderts hatten die Grafen aber Einspruch dagegen erhoben und im März 1292 kam es zu einem Vergleich [2]). In demselben verleihen die Grafen dem Rath das Recht der Kore, das sie de-

---

[1]) Lib. pign. et pact. fol. 78: Sanctissimo in Christo patri ac domino, domino Benedicto, sacrosancte Romane ac universalis ecclesie summo pontifici, advocatus, consules Johannes Miles senior, Hinricus de Monte senior, Hinricus de Holdenstede et ceteri, et universitas opidi Hamburgensis, Bremensis dyocesis, necnon Seghbodo de Ride, presbiter, ac Olricus de Mirica, notarii dictorum consulum et universitatis. — Lappenberg, Rechtsalterthümer S. XXV, der dies Schreiben noch nicht kannte, fand den Vogt nur bis 1264 in den städtischen Schreiben und nahm an, dass bald darauf „ein Zurücktreten der Stellung des Vogtes stattgefunden" habe.

[2]) Hamb. U. B. 1, N. 860: 1292 März 20.

finiren als das Recht, polizeiliche Vorschriften zu erlassen und zu widerrufen: statuta mandare et edicta promulgare secundum beneplacitum eorum (consulum), pro utilitate et necessitate civitatis — ac eorundem, et revocare eadem, quocienscunque et quandocunque ipsis visum fuerit expedire. Daneben anerkennen sie das städtische Recht, wie es im Stadtbuch verzeichnet ist, [1]) und gewähren das Recht weitere Normen festzusetzen, wo diese noch fehlen, und in das Buch einzuschreiben [2]). Von der Kore wird also die Setzung eigentlichen Rechtes unterschieden. Jene bezieht sich auf Vorschriften von nur vorübergehender Geltung, dieses auf feste dauernde Normen. Aber auch dieses Recht der Gesetzgebung wird dem Rathe zugestanden, die bisherigen Resultate desselben von den Grafen sanktionirt. — Dafür verzichtet der Rath zu Gunsten der Grafen auf die Hälfte der bisher der Stadt allein zustehenden Strafgelder [3]). Zunächst wird derjenigen Bestimmungen gedacht, deren Uebertretung mit 3 Pfund gebessert wird [4]). Diese Strafe wird nach dem Stadtrecht von 1292 nach zwei Richtungen hin bezahlt: entweder wird sie vertheilt unter Vogt, Rath und Kläger, oder sie fällt ganz an der Stadt Kore. Offenbar ist nur von der letzteren die Rede. Diese betrug ursprünglich 3 Mark, wurde dann auf 3 Pfund erhöht, scheint aber später wieder auf 3 Mark herabgesetzt zu sein. Sie war Anfangs wohl nur auf die Uebertretung der städtischen Willküren und der daraus erwachsenen Regeln des Marktverkehrs gesetzt. In

[1]) Conferimus — eisdem —, ut iura sua et sentencias nusquam alias, id est foris civitatem, quam in domo consulum ipsius civitatis, secundum scripta libri ipsorum liberius exsequantur.

[2]) Donamus eis preterea plenam et perfectam potestatem super causis emergentibus, de quibus non est sentenciatum in libro predicto, novum ius creandi et statuendi de communi consensu consulum et presencia, pro sue libito voluntatis. Ita tamen, ut huiusmodi ius, sic de novo creatum, libro prefato inscribatur et pro perpetuo iure ab ipsis ac ipsorum posteris postmodum teneatur.

[3]) Hamb. U. B. 1, N. 861, Anhang N. 1: 1292 März 21.

[4]) Comites — una nobiscum taliter concordarunt, quod iidem — medietatem delicti et emende trium talentorum, quam apud nos hactenus non habuerant, habere debent, et ad nos altera dimidietas pertinebit.

letzterer Beziehung wird sie bezahlt, wenn Jemand beim Verkauf ein zu kleines Mass gebraucht [1]), oder in trügerischer Absicht auf seinem Schiffe oben bessere Waare legt als unten [2]), oder des Vorkaufes wegen aus der Stadt geht [3]).

Dazu kommen dann die einzeln aufgezählten Bestimmungen für Verletzung des in der Stadt herrschenden Friedens, die als Produkte wahrer städtischer Autonomie betrachtet werden mögen. Ursprünglich mag als feststehende Strafe für diese Vergehen 10 Mark bezahlt worden sein, erst später eine Unterscheidung in Bezug auf grössere oder geringere Verletzungen sich entwickelt haben, wie wir dies theilweise zu erkennen vermögen. Wer auf dem Gericht Jemand blutrünstig oder blau schlägt, muss 10 Mark bezahlen, wer ihn an die Ohren schlägt oder ihn Hurensohn oder Lügner heisst, 3 Mark [4]). In beiden

---

[1]) Stadtrecht von 1270, IX, 22: So welk man enen schepel hevet ofte enen verder, unde wert de schepel ofte de verder to clene vunden, dat schal he beteren mit dren marken sulvers to der stat kore. — 1292, M, XVIII: mit 3 punden to der stat kore. —

[2]) Daselbst VI, 27: Were over korne ofte holt an eneme schepe, unde dat bovene beter were dan neddene, unde nicht gesecht worde: — de dat gud valslike an deme schepe hevet de schal it beteren mit dreen punden. — 1292, G, XXII: mit 3 punden; ausgestrichen und darüber: marcis argenti. —

[3]) Daselbst VI, 27: It ne schal over nen man gan uth der stad umme gud vore to kopende: so we dat deit, de schal dat beteren mit dreen marken sulvers deme rade. — 1292, G, XXII: mit 3 punden pennighe dheme rade; ausgestrichen und daneben: marken zulveres. —

[4]) Daselbst IX, 1. So we vor rechte den anderen sleit to den oren, edder horenson het edder leghen hett, dar it hore de voghet unde de rad unde de dinglude, dat schal he beteren deme rade to der stad kore mit dreen marken sulvers, wente it uppe deme markede is geschen, unde dem vogede unde deme rade unde deme clagere mit dreen punden. — Sloge over eyn man den anderen vor rechte, dat he blot ofte blaw hedde, dat schal he deme rade mit 10 marken sulvers beteren to der stad kore, unde deme rechte unde deme clagere mit dreen punden. — 1292, M, I. ebenso. — Anhang N. 1: Preterea si quis alium in iudicio ad sanguinis effusionem vel livorem, vulgo blawe dictum, leserit, convictus 10 marcas argenti pro delicto dabit; quarum medietas cedet eisdem dominis nostris, et altera — nobis. Von der gerin-

Fällen wird ausserdem eine Strafe von 3 Pfund an Vogt, Rath und Kläger bezahlt. Was hinzu kommt, ist die Strafe für die Verletzung des besonderen Friedens, dessen das Gericht geniesst. Einen besonderen Frieden hat auch das Haus [1]). Wer den Hausfrieden bricht, bessert mit 10 Mark [2]); wenn aber — so bestimmt ein späterer Zusatz — von zwei auf der Strasse Streitenden der Eine in ein Haus flieht und der Andere ihm dahin nachläuft und ihn schlägt, so hat er das mit 3 Mark zu bessern [3]). Auf eine gleiche Milderung der ursprünglichen Strafe scheint auch die Bestimmung schliessen zu lassen, dass Jemand, der das Gerüchte auf der Strasse ausschreien hört und das Haus nicht verlässt, 3 Mark bezahlen soll [4]). Auch durch ausdrückliches Gebot

---

geren Strafe ist nicht die Rede; obgleich das Stadtrecht von 1292 die 3 Mark hatte stehen lassen, sind dieselben doch unter die allgemeine Bestimmung über die 3 Pfund subsumirt.

1) Vgl. Osenbrüggen, Der Hausfrieden, Erlangen 1857.

2) S. unten S. 43, Anm. 2.

3) Stadtrecht v. 1270, XI, 4: Schude eine schelinghe uppe der straten under luden, unde dat id van ungerade toqueme, unde wurde den der ein vluchtich, dat en den andern jaghede, unde queme he in en hus, unde de andere ene dar sloghe, dat schal he beteren mit 3 mark sulvers, unde dem gerichte den broke, also he boret. — Dieser Artikel findet sich noch nicht in den beiden ältesten Handschriften des Stadtrechts von 1270. — Anhang N. 1: Item si duo vel plures ad invicem contenderint, et unus eorum ob pacem et graciam domum aliquam intraverit et alius hostiliter insecutus (ibidem) ipsum leserit, convictus cum 3 marcis argenti emendabit, quarum medietas cedet dominis —, et altera — nobis. — In der Langenbeckschen Glosse zu 1497, N. II. heisst es in Bezug auf diesen Fall: Uth deszen worden schynet noch apenbar, dat de vorsate hefft er egen straffingh, worvan hyr in dessen artikelen secht wert. Darmede ysz averst dat werck nicht vorboth, datme moth beteren na legenheyt der myszdaet. Es beruht das auf dem Missverständniss, dass hier Vorsate angenommen wäre, während in Wirklichkeit nur die Störung des Hausfriedens unter mildernden Umständen bestraft wird. Vgl. über solche Unterscheidungen Osenbrüggen, Der Hausfrieden, S. 59 und S. 66.

4) Daselbst IX, 24: So wor en ruchte schut in der stad, unde dar gescriet wert, unde komet de nabur dar nicht to, de dar by beseten sint: dat scholen se beteren mit dren marken sulvers er jewelik to der stad kore. — 1292, M, XX: mit 3 punden. — Hamb. U. B. 1, N. 861 nicht ausdrücklich erwähnt.

kann ein besonderer Friede gewirkt werden. Wenn ein Streit entsteht oder ein Tumult sich erhebt, so können zwei hinzukommende Rathmannen bei Todes- oder beliebiger Geldstrafe Frieden gebieten [1]). Ausser Landes steht diese Befugniss jedem erbgesessenen Bürger seinen streitenden Mitbürgern gegenüber zu: doch ist in dem Vertrage davon nicht die Rede [2]).

Den Beschluss machen in demselben Bestimmungen über Verletzungen des Ausfuhrverbotes von Getreide [3]), über Betrügereien bei den Müllermassen[4]), über Vergehen

[1]) Daselbst, X, 7: Schut en schelinge hyr in der stad under guden luden, unde komet darto twe bederve man, de rathmanne syn ofte wesen hebbet, unde nemet dar enen dach under wente vor den rad, unde bedet den dach to holdende an jeweder syden: unde so we den vrede brickt, de schal dat beteren also hoghe, also de vrede boden was to holdende, it sy by lyve ofte by gude. — Anhang N. 1: Insuper si inter nostros burgenses congregacio violenta vel dissencio fuerit ad quam duo vel plures consules venerint aut pacem servari preceperint aut treugas, quo modo, qua pena vel emenda, vita scililet vel pecunia, hoc preceperint, quicunque huius precepte violator convictus extiterit, is secundum quod preceptum fuerat emendabit, cuius emende medietas cedet dominis —, et altera — nobis.

[2]) Daselbst, X, 7: Unde schut en schelinge under unsen borgeren buten landes, unde wert da en vrede boden to holdende van unsen borgheren, de mit erve syn beseten, wente se to hus komet vor den rad: den vrede scholen se holden by also vele, alse he boden wert, by der stad kore to rechte.

[3]) Anhang N. 1: Item si prohibuerimus sub delicto annonam educi, quicunque in hoc excesserit, convictus emendabit, cuius — medietas cedet — dominis —, et altera nobis. — Lappenberg, Hamb. U. B. 1, N. 861, Anm. 7, verweist dazu auf Bursprake, Petri Art. 10 (ungedruckt). Dort heisst es: So we vored uth unser stad korne edder beer edder jenigerleye gued, dat wii vorboden hebben edder vorbedet, sunder unse orleff, dat will wii holden vor vorfaren gued unde willen dat nemen laten to der stad behoeff, unde darto schal he dat beteren mid teyn marken sulvers. —

[4]) Daselbst: Item quicquid in mensura molendinariorum, que vulgo matte vel rumpe vel bodene dicuntur, excessum fuerit, cuius emende medietas cedet — dominis — et altera nobis. — Stadtrecht von 1292, Zusatzartikel N. XII: Welk man mer kornes edder moltes zacket in enen sak, den schepels mate, unde also vele dar thu, alse de matte dreghen mach, unde dat in de molen voeret: de schal dat korne vorloren hebben, dat he dar over ghezacket heft, unde schal dat darthu beteren myd dren marken sulvers to der stad behoef. Unde dar en schal man eme nicht ane laten.

des Münzmeisters bei der Prägung in Bezug auf Reinheit und Gewicht [1]). Die Strafe, welche hier gezahlt werden musste, war vermuthlich überall 10 Mark. —

Wir sehen demgemäss der ursprünglich beschränkten Polizeigewalt des Rathes ein weites Gebiet unterworfen und das aus demselben sich ergebende Recht der Kore zu einem Rechte der Gesetzgebung entwickelt. Was die Thätigkeit des Rathes von der des Vogtgerichtes unterscheidet, ist vor Allem, dass auf dem letzteren nur Urtheile für den betreffenden Fall gefunden wurden, während der Rath Rechtssätze kor, die durch Fixirung in dem Rechtsbuche eine dauernde Geltung erhielten. Den Schwankungen gegenüber, denen nothwendig die Urtheilsfindung des Vogtgerichtes ausgesetzt war, gab das Buch, das der Rath auf dem Hause in Gewahrsam hielt, einen festen Halt, und dadurch erklärt es sich, wie man von dem Urtheil, das auf dem Vogtgericht gefunden war, an das Buch, auf das Haus, zu rekurriren begann, mit andern Worten, wie das Vogtgericht zu einem Niedergericht herabgedrückt wurde.

Was der Rath setzt, das soll der Rath richten [2]). In demselben Masse, in dem das Recht der Kore sich ausdehnte, wuchs also auch die Gerichtsgewalt des Rathes. Es erstreckte sich demnach dieselbe auf Vergehen wider die Regeln des Marktverkehrs und die in Bezug auf denselben beschlossenen Willküren, sowie auch auf die Verletzungen des Stadtfriedens. In Bezug auf den letzteren ist hier noch des „Vorsate" zu gedenken.

Unter Vorsate versteht das Stadtrecht eine der Störung des Friedens vorhergehende reifliche Ueberlegung [3]). Die Strafe desselben besteht aus 10 Mark

[1]) Anhang N. 1: Amplius si magister monete in puritate et pondere denariorum excesserit, medietas huius delicti cedet — dominis — et altera nobis.

[2]) Vgl. Frensdorff S. 42—43, 126—27.

[3]) Ueber den Begriff vgl. Osenbrüggen, Hausfrieden S. 84 Anm. 43; besonders John, Das Strafrecht in Norddeutschland zur Zeit der Rechtsbücher, S. 67 ff.; Frensdorff, S. 146—49, 161—63. — Baumeister, Hamburger Privatrecht, 1, S. 391 beruht noch auf Trummer, Vorträge über merkwürdige Erscheinungen in der Hamb. Rechtsgesch. 1, S. 393—404 und Lappenberg, Rechtsalterthümer S. L—LIII.

Silbers und einem Fuder Wein von 6 Ohm [1]). Wenn Jemand mit berathenem Muthe und mit geladenen Freunden in eines Andern Haus geht und ihn schlägt, so büsst er das mit dem Leben, wenn er in dem Hause ergriffen wird. Entkommt er aber, oder wird er zu einer Geldstrafe begnadigt, so hat er ausser dem Schlagen und dem Hausfriedensbruch das Vorsate zu bessern. Die mitgegangenen Freunde bessern nach ihrer Schuld, jedenfalls den Bruch des Hausfriedens [2]). Der Name Heimsuchung, der sich sonst für den aus Vorsate hervorgegangenen Hausfriedensbruch findet [3]), kommt im Hamburgischen Rechte nicht vor, weil dasselbe diese beiden Momente auseinander hält. Auch wenn Jemand einem Andern zuerst gedroht hat, ihn zu schlagen und dies nachher ausführt [4]), oder wenn er mit einem Stocke

---

1) Pauli, in Ztschr. für Lüb. Gesch., 1, S. 201 erblickt in den 10 Mark die Strafe für den Friedensbruch, in dem Fuder Wein die Strafe für das Vorsate. Das Richtige bei John, S. 79; Frensdorff, S. 148.

2) Stadtrecht v. 1270, XI, 1: So wor en man mit beradeneme mode unde mit beladenen vrunden an des anderen were geit, unde ene sleit, werth he in der were beholden, he schal it beteren mit sines sulves halse. Kumpt he aver ute der were, unde wert he des vorwunnen, he schal beteren en gancs vorsat, unde vor den husvrede 10 mark sulvers to der stad kore, unde deme manne den broke, na deme dat he schut, unde alle de mit eme sint er jewelik also vele. — Damit ist zu vergleichen Anhang N. 1: Insuper si quis premeditatus et cum amicis convocatis hospicium alterius violenter intraverit et domesticum domus leserit, si deprehensus in domo fuerit, vita privabitur pro delicto; si vero graciam consequetur, quicquid inde derivatur, medietas huius cedet — dominis — et altera — nobis. Si vero evadens domum exiverit, is et omnes sui complices, quivis eorum convictus 10 marcas argenti pro delicto dabit, quarum medietas cedet — dominis —, et altera — nobis. — Gegen die Auffassung von Trummer, Vorträge 1, S. 393 ff, 3, S. 388 ff. s. John, S. 69—71.

3) Vgl. Osenbrüggen, Hausfrieden, S. 57—71, namentlich S. 65—67.

4) Stadtrecht v. 1270, XI, 2: Umme en vorsat scholen tugen besetene lude, de erve hebbet, beide vor schelinge unde na slage, it si geschen bi nachte ofte bi dage. Unde so we en vorsat sleit blawe unde blot, dat schal he beteren mit eneme voder wynes van ses amen, unde mit teyn marken sulvers, unde deme vogede unde deme rade unde deme clagere mit

bewaffnet ihn überfällt und schlägt, so ist ausser dem Schlagen noch Vorsate zu bessern [1]). Der berathene Muth, der sich im ersten Fall in der Einladung von Freunden zeigt, wird im zweiten durch das Zusammentreffen von Drohung und Ausführung erwiesen, und im dritten — wie es scheint — deshalb vorausgesetzt, weil der Schläger einen Stock bei sich führt und über den Gegner herfällt, ohne dass dieser gewarnt ist. Im zweiten Falle wird ausdrücklich bestimmt, dass nur erbgesessene Leute Drohung und Ausführung bezeugen dürfen, einerlei ob sie bei Nacht oder bei Tage geschehen [2]). Im dritten Fall wird bei Nachtzeit nur das Zeugniss von Leuten verlangt, die unbescholten und Bürger sind oder in eines Bürgers Diensten stehen [3]). Eine gleiche Bestimmung scheint auch für den ersten Fall angenommen werden zu müssen. In beiden Fällen setzen die Nebenumstände der That — hier die Betheiligung von Mehreren, dort das Vorhandensein eines Stockes — das Vorsate voraus, während im zweiten Falle ein zeitlich von der That getrenntes Moment, die Drohung, hinzukommen muss. — Statt des Fuders Wein trat eine Erhöhung der Geldstrafe von 10 Mark auf 12 Mark ein, wenn der Uebelthäter ein sonst unbescholtener Mann war; war derselbe aber dem Rathe schon als Raufbold bekannt, so sollte er die volle

---

dren punden. — Frensdorff, S. 163 versteht: beide vor — unde na als: vorher und nachher; die Worte bedeuten nur: sowohl für, als auch für.

[1]) Daselbst, XI, 3: So welk man den anderen sleit mit eneme stocke unde ungewaret anlopt, de schal beteren en gans vorsat. Unde men schal eme nicht laten. Schut it bi nacht tyden, it mogen wol tugen allerhande lude, de gude lude sin unde unse borgere syn ofte borgere knapen, de bederve syn. — John, S. 82 meint, hier sei nicht Vorsate zu bessern, sondern ein Delikt, das mit der sonst für Vorsate erkannten Strafe belegt sei. Ebenso auch Frensdorff S. 163, der aber S. 162 in Bezug auf Lübeck hervorhebt, wie gerade in dem Vorhandensein der Knittel der Vorbedacht sich auspräge, was sich auch aus der von John S. 79 besprochenen Stelle des Bremer Rechtes ergiebt.

[2]) S. oben S. 43, Anm. 4.

[3]) S. oben Anm. 1.

Strafe geben [1]). Natürlich war die Erhöhung der Geldstrafe die Regel; die Strafe von 12 Mark wurde daher auch wohl selbst als Vorsate bezeichnet, und man verhängte sie nun auch da, wo gar kein Vorsate vorhanden, sondern nur die Verletzung eines besonderen Friedens zu strafen war [2]). So bestimmt ein Zusatz zum Stadtrecht von 1270, dass wer einen Andern auf dem Rathhause schmähe, indem er ihn Dieb, Mörder, Mordbrenner, Räuber, Fälscher, Meineider, Hurensohn oder in ähnlicher Weise schimpfe, mit einem Vorsate von 12 Mark büssen solle [3]), während — wie wir früher gesehen — ein gleiches Vergehen, auf dem Vogtgericht begangen, nur mit 3 Mark gebessert wurde. Ursprünglich aber sind die Begriffe streng gefasst; wer den Andern durch Wort oder That verletzt, bezahlt Strafe an Vogt, Rath und Kläger, stört er dadurch zugleich einen besonderen

[1]) Stadtrecht v. 1270, XI, 2: Unde is it deme rade witlik, dat he en sleger, en kyver unde en vechter sy, unde dat weldelike breke, so schal he sine vullen bote geven. Weret over eyn bederve knape ofte en bederve man unde mit ungerake dat breke, de schal dat beteren mit twelf marken pennyngen unde nicht myn, unde deme rechte sinen broke. — Offenbar soll nicht eine Begünstigung des übel berüchtigten, sondern des unbescholtenen Mannes stattfinden, und der Ausdruck: bote kann also unmöglich als im Gegensatz zu der Wette gebraucht aufgefasst werden. Weder was Trummer, 1, S. 399, noch was gegen diesen polemisirend John, S. 77 Anm. 84 bemerkt, erklärt die Sache, denn von Klopffechtern von Profession ist durchaus nicht die Rede. Das Richtige angedeutet haben schon Lappenberg, Rechtsalterthümer S. LI, Anm. 3; Baumeister, Hamb. Privatrecht, 1, S. 392 Anm. 10.

[2]) Vgl. John, S. 76—84. — In der Urkunde des Fürsten Heinrich von Meklenburg für Gadebusch von 5. Fbr. 1271, Mekl. U. B. 2, N. 1216 S. 402 heisst es: de maioribus forefactis, que sunt vulgo dicta vorsath. — Mit Unrecht zieht Burmeister, Alterthümer des Wismarschen Stadtrechts, S. 22 diese Stelle für die eigentliche Bedeutung des Vorsate herbei. — Der Zeichner des Bildes: Van vorsate, bei Lappenberg, Miniaturen zu dem Hamb. Stadtrecht, Tafel 16 (vgl. Text S. 48) hat von der ursprünglichen Bedeutung keine Vorstellung.

[3]) Stadtrecht v. 1270, XII, 13: Weret over also, dat jennich man den andern heete deef, offte mordere, offte mordbrennere, offte rovere, offte velschere, offte meeneedere, offte horensone, offte jennighe sacke dergelyk, uppe dem hus vor deme rade, dat schal he beteren mit enen vorsate mit 12 marcken penningen: unde des en schal man eme nicht laten. — Vgl. John, S. 82.

Frieden oder kommt zu seiner That eine vorhergehende Ueberlegung hinzu, so hat er Beides besonders zu bessern. Nur die That selbst gehört vor das Vogtgericht, die Störung des Friedens und das Vorsate unterliegen der Kompetenz des Rathes [1]).

Ferner besass der Rath die Gerichtsgewalt für Klagen in Bezug auf Grundeigenthum. — Die Bürger der Neustadt hatten freies Verfügungsrecht über ihr Grundeigenthum nach dem Rechte der Lübecker und bezahlten keinen Worthzins [2]). Vermuthlich war das in der Altstadt anders, war hier das Verfügungsrecht an die Zustimmung des Stadtherrn gebunden, das Grundeigenthum mit einem Worthzins belastet [3]). An der Besitzveränderung der Grundstücke — der Verlassung — hatte also der Stadtherr ebensowohl Interesse, wie die Hypothekgläubiger. Sie fand öffentlich, auf dem Vogtgerichte, statt. Der Vogt entwältigte den bisherigen Eigenthümer seines Grundstückes, wies den neuen Eigner in dasselbe ein und ertheilte ihm Friede und Bann. Dafür erhielt er den Friedeschilling, solidus pacis, „sick des to vordenckende," wie das Billwärder Recht sich ausdrückt [4]). — Seit 1248 wurden die Verlassungen von alt- und neustädtischen Grundstücken vor dem Rathe vollzogen und in einem gemeinsamen städtischen Register, dem Liber actorum coram consulibus, verzeichnet. Vermuthlich wird also vor 1248 die Verlassung der

---

[1]) Für die Trennung des Vorsate von der sonstigen Rechtsverletzung in Bezug auf verschiedene Gerichte vgl. John, S. 81; Frensdorff, S. 149.

[2]) S. oben S. 8, Anm. 3.

[3]) Im Liber actorum coram consulibus, Ztschr. für Hamb. Gesch. 1. S. 329 ff, findet sich der Name: Worttyns nur einmal, S. 420. In den späteren Erbebüchern kommt er dagegen häufig vor, und zwar gerade da, wo es sich um die Leihe unangebauter Worthe zum Zweck der Bebauung handelt. Es ist hier nicht der Ort näher auf die Geschichte des Eigenthums in Hamburg einzugehen, doch will ich wenigstens beiläufig bemerken, dass der Liber actorum mehrfach die Leistung eines Stübchens Wein von Worthen in der Altstadt erwähnt, was auf die älteste Bedeutung des Worthzinses als eines Fruchtzinses hinweist. Vgl. Arnold, Geschichte des Eigenthums in den Städten.

[4]) Lappenberg, Rechtsalterthümer 1, S. 333.

neustädtischen Grundstücke vor dem Rath, die der altstädtischen dagegen, die den Bürgern nicht zu vollständig freiem Eigenthum gehörten und mit einem Grundzins belastet waren, auf dem Vogtgericht stattgefunden haben [1]), bis in Folge der Verschmelzung von Altstadt und Neustadt auch die Verlassung vollständig auf das Rathhaus überging. —

Die Verlassung neustädtischer Grundstücke vor dem Rathe schliesst nicht aus, dass der Vogt bei Gelegenheit derselben den Friedeschilling erhielt. Doch war vermuthlich schon früh von dem Grafen auf die Hälfte desselben zu Gunsten der Stadt verzichtet worden, und bald nach der Anlegung des gemeinschaftlichen Verzeichnisses, im Jahre 1256, verzichteten die Grafen Johann und Gerhard auf die ihnen vom Vater überkommene andere Hälfte „der vier Schillinge und des solidus pacis, der deutsch Friedeschilling genannt wird [2])." Schon einige Jahre früher um 1253 hatten Johann und Gerhard den Bürgern zu Hamburg den ihnen zustehenden „Worthzins, der gewöhnlich Königszins innerhalb der Mauern dieser Stadt genannt wird," vollständig erlassen [3]). Durch diese Verzichtleistung wurde das alt-

[1]) Lappenberg, daselbst S. XXII, XXIII lässt die Frage offen, ob schon vor 1248 die Verlassung vor dem Rathe geschah: nach meiner Auffassung von dem Unterschiede zwischen Altstadt und Neustadt wird in Bezug darauf bei der Beantwortung zu unterscheiden sein.

[2]) Hamb. U. B. 1, N. 606: ad ipsorum petitionem ipsis graciam facere volentes, 4 solidorum medietatem et solidi pacis, qui vulgariter Vrethescilling dicitur, medietatem, de quibus nostra fuit proprietas, sicut a patre nostro hactenus habuimus, liberaliter contulimus eisdem.

[3]) Daselbst 1, N. 574: burgensibus nostris in Hammaemburg census arearum, quos habebamus, qui vulgariter Konincgisthins infra munitiones eiusdem civitatis nuncupantur, dimisimus integraliter. — Ueber den Königszins in Bremen: Versuch eines bremisch-niedersächsischen Wörterbuchs s. v. tins; Donandt, Versuch einer Gesch. d. Bremischen Stadtrechts I, S. 73—77; im Hammerbrook: Hübbe, Das Hammerbröker Recht, S. 39, 77, 87; in Süderau: Verkauf von zwei Dritteilen des Zehnten daselbst durch die Ritter von Posth an das Hamb. Kapitel, 1341 Apr. 13, (Lib. cop. Cap. fol. 115 b; vgl. Archiv für Staats- u. Kirchengesch. der Herzogthümer Schl. Holst. Lauenb. 5, S. 124): cum denariis regalibus seu censualibus qui vulgariter koninghespenninghe seu konin-

städtische Grundeigenthum dem neustädtischen gleichgestellt und Beides von der Beeinflussung des Stadtherrn vollständig frei gemacht. — Lappenberg hält die vier Schillinge für einen Worthzins [1]), und dieser Ansicht folgend könnte man annehmen, dass der Verzicht auf die Hälfte von Worthzins und Friedeschilling dahin zu erklären sei, dass die Grafen beides nur in der Altstadt besassen, wo dasselbe von Erzbischof Gerhard ihrem Vater, Graf Adolf IV. abgetreten, und von diesem auf sie vererbt wäre (sicut a patre nostro hactenus habuimus). Aber eine solche Deutung liesse sich nicht halten: der Königzins genannte Worthzins der Altstadt war schon 1253 der Stadt erlassen, ein Verzicht des Stadtherrn auf die Hälfte des Friedeschillings kommt mehrfach in den Städten vor [2]), und es kann daher der Ausdruck medietas nicht in lokaler Beziehung aufgefasst werden; und bei den vier Schillingen endlich muss nach Analogie anderer Städte an Gerichtsbrüche von diesem Betrage gedacht werden [3]). —

---

ghestins nuncupantur; Bestätigung dieses Verkaufs durch Graf Johann, 1341 Apr. 24 (Lib. cop. Cap. fol. 115): qui vulgariter koninghespenning seu koningheschath nuncupantur. —

[1]) Hamb. U. B. 1, N. 606, Anm. 2.

[2]) Für Lübeck vgl. Frensdorff, S. 43. Für Gadebusch bestimmt Borwin, Fürst von Meklenburg, um 1225 (Mekl. U. B. I, N. 315, S. 302): Quicquid pro pace confirmanda datur, dimidium iudici, reliquum civibus detur. — Die Bestimmung: Omnis solidus pacis consulibus deputatur in den Stadtrechten von Güstrow 1228 (I, N. 359, S. 344), Malchow 1235 Mrz. 14 (I, N. 433, S. 431), Malchin 1236 Apr. 7 (I, N. 449, S. 447), Röbel, 1261 Jan. 21 (2, N. 911, S. 174), Penzlin 1263 Febr. 28 (2, N. 987, S. 227), scheint zurückzugehen auf ein von Heinrich dem Löwen schon um 1160 der Stadt Schwerin ertheiltes Privileg (1, N. 71, S. 66). — Für Parchim bestimmte Heinrich Borwin, Fürst von Rostock, um 1225—26 (1, N. 319, S. 311): Huius — civitatis cultoribus dedimus — solidum vriedescillinc; vgl. Urk. v. 1238 (1, N. 476, S. 472). Dasselbe galt für Plau 1235 (1, N. 428, S. 427) und Goldberg 1248 (1, N. 599, S. 565). —

[3]) Für Wismar bestimmt Heinrich, Fürst von Meklenburg 1266 Apr. 14 (2, N. 1078, S. 294): Ad nos pertinebunt iudicia quatuor solidorum. — Für Parchim, Plau und Goldberg gilt die Bestimmung: Item tercia pars de vadiis magnarum causarum, sicuti de pugna infra civitatem, supra 4 solidos, cedet in usus civitatis. — An Güstrow verkauft Fürst Nikolaus von Werle

Wie die Verlassung auf dem Vogtgerichte stattfand, so wurden hier auch Klagen in Bezug auf das Grundeigenthum vorgebracht und entschieden [1]. Mit der Verlassung ging nun auch die Kompetenz für diese Klagen auf den Rath über, der statt des Zeugenbeweises den Beweis durch das Buch einführte: über das Buch geht kein Zeuge, das wird als die Macht bezeichnet, die der Sadt Erbebuch inne wohnt [2]. — Wenn man bedenkt, dass erst allmählich Handel und Verkehr eine nicht an das Grundeigenthum gebundene Obligation, ein von dem Grundeigenthum losgetrenntes zinstragendes Kapital geschaffen haben, so kann man die Bedeutung kaum hoch genug anschlagen, welche die Aufsicht über das Grundeigenthum für die Ausbildung der Macht des Rathes gehabt haben muss, denn da einerseits das Vermögen der Bürger grösstentheils aus Grundstücken und rententragenden Hypotheken bestand und da andrerseits bei Eingehung eines jeden Schuldverhältnisses ein Unterpfand gesetzt zu werden pflegte, so ergab sich daraus, dass Verträge und Willensäusserungen aller Art, damit aber auch die aus ihnen hervorgehenden Klagen, vor den Rath kamen.

Wenn dergestalt des Gericht des Vogtes dadurch, dass neben ihm ein Gericht des Rathes bestand, dem Umfange nach wesentlich beschränkt wurde, so ward noch wichtiger für den Untergang der Bedeutung der Vogtei, dass der Rath das Recht besass, auf dem Gerichte des Vogtes zwei seiner Mitglieder neben demselben fungiren zu lasssen, dass also der Vogt auf dem ihm gelassenen, beschränkteren Gebiete einer Kontrole

---

1293 (3, N. 2200, S. 483): proprietatem tocius ville Thebbecin —. Insuper — terciam partem nostri iudicii super omnibus excessibus, tam minoribus, quam maioribus, ac aliis iudiciariis auctoritatibus intra moenia et extra contingentibus —, ut fructuum de hiis omnibus proveniencium ipsa civitas terciam capiat porcionem, advocato tamen minore semper suos quatuor solidos capiente, qui ad eum pertinere videntur. —

[1] Frensdorff, S. 83, 84.

[2] Stadtrecht von 1270, VII, 2: Wat macht der stad ervebock heft. — So wat in deme erveboke der stad steit bescreven, unde iar unde dach darynne stan hevet, dar ne mach nen tuch en boven.

des Rathes unterworfen wurde. Es beruhte und bezog sich dieses Recht offenbar nur darauf, dass der Stadt von den Strafgeldern für nicht zu Hals und Hand gehende Rechtsverletzungen, vermuthlich schon seit der Gründung der Neustadt, der dritte Theil zuständig war, und dass sie diesen durch die beiden Rathmannen erheben liess [1]). Aber aus dem Rechte der Ueberwachung der Brüche entwickelte sich eine Mitwirkung beim Gericht, eine Ueberwachung des Vogtes. Von den Brüchen erhielten Vogt, Rath und Kläger je ein Drittheil, sollte eine Sühne stattfinden, so war eben der Brüche wegen nothwendig, dass auch der Rath seine Zustimmung gab [2]). Gegenüber dem Kläger werden zwei Drittheile für das Recht in Anspruch genommen [3]), welcher Ausdruck also für Vogt und Rath in Gemeinschaft gebraucht wird; aber in der Bestimmung, dass erst der Kläger, dann der Rath, zuletzt der Vogt seinen Antheil erhalten solle [4]), zeigt sich schon eine Höherstellung des Rathes über den Vogt. Offen anerkannt wird das in der Bestimmung, dass die beiden Rathmannen auf ihren Eid darauf zu achten verpflichtet sind, dass

---

[1]) Meklb. U. B. 3, N. 2200 S. 484. Fürst Nikolaus von Werle verkauft 1293 der Stadt Güstrow terciam partem nostri iudicii super omnibus excessibus, tam minoribus, quam maioribus ac aliis iudiciariis auctoritatibus intra moenia et extra. — Iudicio siquidem presidere non debet solus advocatus, nisi saltem una vel duabus personis de civitatis concilio coassumptis, nec advocato absente, nisi quis ibi fuerit suo nomine, soli consules poterunt iudicare.

[2]) Stadtrecht von 1270, VI, 4: unde de sake vorsonet were mit des vogedes unde mit des rades unde mit des clageres willen. — VII, 11: dat de sake ofte de clage set unde gesonet is mit des vogedes unde mit des rades willen. — Vgl. VII, 1: de voghet unde de rad scholen den tuch horen; und VI, 21: de voget unde de rad hebbet de macht wol, dat se den tuch vor den gantzen rad senden.

[3]) Daselbst IX, 1: dat schal he deme rade mit 10 marken sulvers beteren to der stad kore, unde deme rechte unde deme clagere mit dreen punden.—IX, 2: dat schal he beteren mit 12 schillinghen deme rechte unde deme clagere.

[4]) Daselbst IX, 28: Al de broke, de weddet werdet vor deme rechte, dar schal men to deme ersten male deme clagere sinen broke af lesten, unde darna deme rade, unde denne deme voghede.

Jedermann Recht geschehe und der Vogt Niemanden Unrecht thue [1]).

Es bestand also ein Gericht der Rathmannen, bei dem der Vogt nicht mitwirkte, während auf dem Vogtgericht zwei Rathmannen anwesend waren und Theilnahme erwarben. Auf jenem wurde das Rechtsbuch angewandt, auf diesem das Urtheil von den Dingleuten gefunden, erst seit 1292 die Brüche von einem Gerichtsschreiber aufgezeichnet [2]). So hatte das Gericht der Rathmannen die höhere Autorität, seine Rechtsquelle die grössere Sicherheit. Dazu kam, dass es Vergehen gab, die an sich der Gerichtsbarkeit des Vogtes zustanden, aber von besonderen Rechtsverletzungen begleitet sein konnten, die der Entscheidung des Rathes vorbehalten blieben. Diese Umstände mussten dazu führen, dass man das Gericht der Rathmannen anrief, wenn man sich auf dem Vogtgericht in seinem Rechte beeinträchtigt glaubte, dass das Rathsgericht und das Vogtgericht nicht zwei einander gleich berechtigte, nur der Sphäre nach verschiedene Gerichte blieben, sondern, dass jenes zu einem Obergerichte sich aufschwang, dieses zu einem Niedergericht herabsank. Im Stadtrecht von 1270 ist dieser Prozess bereits vollzogen: die Parteien appelliren an das Rathsgericht [3]), der Vogt

---

[1]) Daselbst IX, 30: De ratmanne de vor rechte sittet, sittet dar bi ereme eede, dat se dat bewaren, dat eneme jewelken manne recht sche, it si van schult, it si van slegen ofte van welken stucken dat si, armen unde ryken, vrunden unde vromeden algelik. Se scholen ok bewaren, dat de voghet neneme manne ungelik do ofte unrecht, unde nemende vare ofte vorsnelle, by ereme eede.

[2]) B, VIII: Dhe voghet unde dhe raetmanne, dhe bi dheme voghede sittet, dhe scolen einen scrivere hebben, dhe bescrive dhe broke an einen bref, dhe gheweddet werdet.

[3]) VI, 8: So wanne twe manne vor rechte komet mit ener clage, unde twydrachtich werdet, unde se des teet an den rad de vor rechte sit. — VI, 10: Weert een ordel vor rechte vunden, unde wil dat jenich man wedderspreken, dat ne degit nicht, he ne beschelde dat ordel uppe dat hus vor den rad. — Vgl. VI, 11 über den Fall, dass Jemand mit dem Urtheil des Rathes nicht zufrieden ist: So wanne de menen ratmanne een ordel van deme hus sendet vor dat rechte, van den de hyr bescreven stat, unde mishaget enen manne dar wat ane, he mot i(t) wol wedder teen an dat bock, unde men schal it eme lesen uth deme boke.

einigt sich mit den beiden Rathmannen zur Verweisung einer Sache an den Rath[1]).

Das Vogtgericht war mithin in seinem Umfange beschränkt, einer städtischen Kontrole unterworfen und dem Rathsgericht unterordnet worden. Aber der Vogt behielt doch ausschliesslich die Gerichtsbarkeit über Verbrechen, die an Hals und Hand gingen, und er für seine Person unterstand nicht dem städtischen Gerichte. Um 1292 hat die Stadt einen weiteren Schritt gethan.

In dem vorbesprochenen Vertrage heisst es: gleich den Bürgern darf auch der Vogt, den die Grafen gesetzt haben, vor das Gericht gezogen werden[2]); hat er aber ein zu Hals oder Hand gehendes Verbrechen begangen, so steht der Stadt nicht das Recht zu über ihn zu richten, der Vogt soll in Fesseln gelegt werden, bis die Grafen selbst kommen oder in feierlicher Gesandtschaft einen neuen Vogt schicken, um das Richteramt auszuüben[3]). Ein volles Jahrhundert ist dagegen — wie es scheint — vergangen, ehe die Stadt — 1392 — durch Verpfändung des Herzogs Gerhard von Schleswig und des Grafen Nikolaus von Holstein in den Besitz der Vogtei gelangte[4]). In Folge dessen kam die volle Gerichtsbarkeit an die Stadt, wurde der gräfliche Vogt zu einem städtischen Beamten.

---

[1]) VI, 21: Siehe die Stelle oben S. 50 Anm. 2. — Vgl. Stadtrecht von 1292, B, IX.

[2]) Anhang N. 1: convictus (advocatus) — sicut cives nostri super incusatis ad iusticiam respondebit.

[3]) Qui tunc personaliter ad nos venient vel sollempnes nuncios nobis mittent, inter quos alium statuent advocatum, ut nullum preiudicium sibi fiat, qui iudicio presidens iudicat iusto iure. — Lappenberg, Hamb. U. B. 1, N. 861, Anm. 10 meint, quos könne sich auf die Gesandten oder auf die Hamburgischen Rathmänner und Bürger beziehen; doch sehe ich logisch zu diesem Zweifel keinen Grund. — Vgl. übrigens Stadtrecht von 1292, B, VII.

[4]) Stadtrechnungen von 1392, Exposita, Ad diversa: 2400 tal. dominis nostris Gherardo duci Sleswicensi et domino Nicolao comiti Holtzacie super iudicio quod ipsi habuerunt in nostra civitate et super Hammerbrok. — Vgl. Beitrag I, S. 15 u. Anm. 7. Doch ist zu beachten, dass die Stadt schon 1352 für die Kleidung des Vogtes eine Ausgabe hatte, Stadtrechnungen, Exposita, Vestitus: Advocati 3 mr., qui presidet in iudicio.

Es ist schliesslich in Kurzem der Unterstützung zu gedenken, welche das Streben des Rathes, das herrschaftliche Recht nach und nach an sich zu bringen, in der privatrechtlichen Auffassung der Regalien fand, wie sich dieselbe in der Verzettelung der Einkünfte und endlich in dem Verkauf oder der Verpfändung der Gerichtshoheit zeigt. — Anfangs war den Bürgern von dem gemeinen Rath und den Wittigsten verboten worden, Einkünfte des Grafen durch Kauf oder Darlehen an sich zu bringen [1]), einestheils wohl aus Furcht, dass das dadurch entstehende Sonderinteresse die Bürger von dem gemeinsamen Interesse der Stadt abziehen möge, anderntheils in der Absicht, durch das Verbot privater Erwerbung von Theilen der Einkünfte die Grafen zu zwingen, die Quellen der Einkünfte selbst, die Regalien, an die Stadt zu veräussern [2]). In der Redaktion des Stadtrechts von 1292 fehlt diese Bestimmung und die Bestallungsurkunde des Grafen Adolf für Nikolaus von Arnesvelde vom Jahre 1304 zeigt uns [3]), wie weit schon die Dinge gediehen waren. In derselben bestellt Adolf unter Zustimmung Gerhards und der Erben Heinrichs den Nikolaus auf zwei Jahre zum Vogte. Nikolaus hat den Grafen 40 Mark geliehen: er soll davon abrechnen, was nach Auskehrung von 50 Mark Rente, die im Besitz von Privaten sind, und von 10 Mark, die ihm als Honorar für die Ausübung der Vogtei zukommen, von den Gerichtsgefällen übrig bleiben wird. Wenn nach Ablauf der beiden Jahre seine Forderung nicht gedeckt ist, so dürfen ihm die Grafen die Vogtei nicht entziehen; ihm aber steht es frei, dieselbe niederzulegen und den Rest der Forderung von dem Grafen zu verlangen. Innerhalb dieser

---

[1]) Stadtrecht von 1270, I, 5: Dat nement unses heren gut vorkopen (!) mach. — De menc rad unde de wittigesten van der stad sint des to rade worden, dat unse borgere unses heren gud kopen noch vorsetten scholen, noch an der molen, noch an tolne, noch an jenigen gude, dat he hevet in desser stad. — Oder will der Artikel nur die Weiterveräusserung herrschaftlichen Gutes untersagen?

[2]) Vgl. Lappenberg, Rechtsalterthümer, S. LXVII; Frensdorff, S. 94, Anm. 59.

[3]) Daselbst S. XXIV; Anhang N. 4.

Zeit kann er die Vogtei nach Belieben einem Andern übertragen, der dann im Namen des Grafen zu thun und zu lassen Vollmacht haben soll. Und ähnliche Verhältnisse haben auch schon früher bestanden. Bertram Kule, der die Vogtei zu Ausgang des 13. Jahrhunderts besass, übertrug die Ausübung derselben 1300 dem Godemann, Sohn Godemanns, bedang sich aber jährlich eine Rente von 10 Mark aus [1]. Godemann war augenscheinlich Hamburger Bürger: ihm war 1298 von einem Mitbürger bis zur Deckung einer Forderung von 80 Mark eine Rente von 10 Mark aus der Vogtei übertragen worden [2], und das Interesse, das er deshalb an der ordentlichen Verwaltung der Gerichtsgefälle nehmen musste, mag ihn veranlasst haben, die Ausübung der Vogtei zu übernehmen [3]. — Zu Ende des 13. Jahrhunderts, muss man demnach sagen, hatte die gräfliche Vogtei alles Ansehen verloren, und es war fast eine Unnatur, dass dieselbe noch ein Jahrhundert hindurch ihr Dasein fristete.

---

[1]) Anhang N. 2.

[2]) Daselbst.

[3]) Da es nicht meine Aufgabe ist, die vollständige Geschichte der Vogtei darzulegen, so bin ich auf das dem Jahre 1292 zugeschriebene Stadtrecht des Näheren nicht eingegangen. Eine spätere Abfassungszeit scheint anzudeuten der vom Vogt handelnde Artikel B, VII. Noch mehr herabgedrückt ist die Stellung desselben in den Zusatzartikeln M, XXIX, XXX.

Verzeichniss der Vögte.

I. Gerichtsvögte.

A. Vögte der Neustadt.

1) Wirad von Boizenburg. — Er erhielt die Vogtei bei Begründung der Neustadt [1]), wurde später Rathmann und findet sich als solcher 1190 Dez. 24 und etwa 1195 [2]).

2) Willbrand. — Wilbrandus advocatus, etwa 1195 [3]).

Gottfried?. — Godefridus advocatus 1201 [4]) ist Zeuge in einer Urkunde des Erzbischofs Hartwig II., ausgestellt zu Hamburg. — Lappenberg hält Gottfried für einen Hamburgischen Vogt, doch wird wohl an den Vogt Gottfried von Stade 1186 bis 1201 zu denken sein.

3) Hermann. — Per Hermannum, tunc advocatum nostrum Hamburgensem, wurde das Domkapitel auf Befehl des Grafen Albrecht von Orlamünde in den Besitz eines ihr vom Truchsess Dietrich geschenkten Mansus auf Kirchwärder gesetzt [5]). Truchsess Dietrich erscheint zuletzt 1212 [6]). In der Bestätigungsurkunde Albrechts von etwa 1216 erscheint als Zeuge ein Hermann, Sohn des Nanne von Kerchthorpe [7]), doch sehe ich keinen Grund, ihn für identisch mit dem Vogte Hermann zu halten [8]).

---

[1]) S. oben S. 27, Anm. 2. — [2]) Hamb. U. B. 1, N. 292, N. 310.
[3]) Daselbst 1, N. 310.
[4]) Daselbst 1, N. 329.
[5]) Daselbst 1, N. 402. — [6]) N. 388 u. N. 389. — [7]) N. 402. — [8]) Wie das Lappenberg thut: Rechtsalterthümer S. XXVI.

4) Reinner von Pinnau. — Reinnerus advocatus de Hamburch 1210 Dez. 4[1]. — Ego miles Reinnerus de Pinov nomine gründet 1212 aus Gütern in Neu-Gamm eine Präbende im Kapitel zu Hamburg[2]. Er starb April 23[3]. —

5) Nikolaus. — Nicolaus, advocatus in Hamborch, 1220[4]. — Nic. advoc. de Hamburch 1222 Mai 20[5].

6) Georg. — S. Vögte für die ganze Stadt.

B. Vögte der Altstadt.

1) Christian. — Cristianus advocatus 1236 Dez.[6].

2) Bertram. — Bertrammus advocatus 1238[7].

C. Vögte für die ganze Stadt.

1) Georg. — Georgius advocatus erscheint zuerst 1236 Dez.[8], zuletzt 1251 Dez. 13. — Georius adv. de Hammemburch 1237 Apr. 23[9]. — Adv. Georgius 1238[10]. — Georius de Hammenborch 1238[11]. — Adv. Georius 1239 Dez. 21.[12]. — Iurius adv. 1239 Dez. 21[13]. — Georgius adv. 1245[14]. — Georgius adv. 1245[15]. — Georgius (1245)[16]. — Georius adv. 1246[17]. — Georgius de Hammemburg 1247 Febr. 22[18]. — Georgius de Hammenburg 1247 Febr. 22[19]. — Georgius adv. et Margareta, uxor eius, 1247 Nov. 30[20]. — Adv. Georgius, in illo anno cum Lubeke conbussit (1247)[21]. — Georgius 1248 Dez. 5.[22]. — Georius de Hammeburg 1249 März 27[23]. — Georgius 1249 Aug. 15[24]. — Dominus Georgius 1249 Sept. 24[25]. — Georgius 1250 Mai 18[26]. — Georgius de

---

[1]) Schl.-Holst.-Lauenb. Urks. 1, S. 453, U. B. d. St. Lübeck 2, N. 4, S. 3. — [2]) Hamb. U. B. 1, N. 387. — [3]) Necrol. cap. Hamb. bei Langebek 5.

[4]) Hamb. U. B. 1, N. 440. — [5]) Leverkus N. 40 S. 46.

[6]) Daselbst 1, N. 503.

[7]) Daselbst 1, N. 511. — Vgl. Schl. Holst. Lauenb. Urks. S. 46. U. B. d. St. Lübeck 1, 2 N. 17 S. 15, S. 1118.

[8]) N. 503. — [9]) N. 507. — [10]) N. 511. — [11]) Schl. Holst. Lauenb. Urks. 1, S. 461. — [12]) N. 517. — [13]) N. 518. — [14]) N. 531. — [15]) N. 532. — [16]) N. 533. — [17]) N. 535. — [18]) U. B. d. St. Lübeck 1, N. 123 S. 121. — [19]) Das. 1, N. 124 S. 122. — [20]) N. 541. — [21]) Ztschr. für Hamb. Gesch. 1, S. 336. — [22]) N. 548. — [23]) Leverkus, N. 104 S. 98. — [24]) N. 551. — [25]) N. 552. — [26]) N. 555. —

Hammenborch 1250 Mai 19 [1]. — Georgius adv. 1250 Juni 1 [2]. — Georgius de Hoenburch 1250 Okt. 11 [3].— Georgius adv. 1251 Dez. 13 [4]. — Georgius quondam in Hamburg advocatus 1252 Juli 16 [5] [6].

Georg war wahrscheinlich zuerst Vogt für die Neustadt, dann für die ganze Stadt. Seine Gemahlin, Margaretha, kommt vor 1247 Nov 30, 1266 und noch nach seinem Tode 1271. Als beiderseitige Eltern nennen sie 1247 Nov. 30 Mezelin und Ulrich, Rikheit und Christine. Ausdrücklich als Ritter bezeichnet wird Georg zuerst 1239 Dez. 21. Auch nach Niederlegung der Vogtei heisst er wohl Vogt oder ehemaliger Vogt; auch als Herr Georg oder Ritter Georg, Georg von Hamburg und Georg von Herwardeshude wird er bezeichnet. 1266 Juli 22 wird er zuletzt genannt, 1271 war er verstorben.

In der Stadt verliess er in dem Jahre, in welchem Lübeck abbrannte, eine Rente von 3 Mark bei der Kämmerei an den Ritter Sigfried von Kerkdorp, 1262

---

[1] Schl. Holst. Lauenb. Urks. 1, N. 155 S. 145. — [2] N. 557. — [3] U. B. d. St. Lübeck 1, N. 158 S. 147. — [4] N. 564. — [5] N. 569. —

[6] 1252: Georgius advocatus, miles: N. 571. — 1253 Jan. 25: Geo. adv.: N. 574. — 1253 Juli 6: Dominus Geo.: U. B. d. St. Lübeck 1. N. 200 S. 185.— 1253 Juli 25: Dominus Geo.: N. 579.— 1253 Sept. 8: Dominus Geo.: N. 581. — 1253: Geo. adv.: N. 582. — 1254 März 26: Geo.: N. 583. — 1254 Nov. 11: Geo. adv.: N. 588. — 1255 Jan. 8: Geo.: N. 589. — 1255 Apr. 29: Geo. de Hammemburg: N. 592. — 1255: Geo.: N. 596. — 1255: Geo.: N. 597. — 1256 Aug. 10: Geo. adv.: N. 606. — 1256 Aug. 31: Geo.: N. 608. — 1256: Georrius: N. 610. — 1256: Geo. de Hamborg: N. 611. — 1256: Geo. de Homborch: N. 612. — 1256: Geo.: N. 613. — 1258 Aug. 1: Geo.: N. 624. — 1258 Aug. 15: Dominus Geo. de Herwardeshuden: N. 626. — 1258 Sept. 10: Dominus Geo. de Herewordeshude: N. 629. — 1258 Okt. 10.: Geo. quondam adv.: N. 631. — 1258 Okt. 16: Geo. de Herewordeshude: N. 632. — 1259 Nov. 8: Geo.: N. 645. — 1259 Nov. 8: Geo.: N. 646. — 1259: Geo.: N. 649. — 1259: Geo.: N. 650. — 1259: Geo.: N. 651. — 1262: Dominus Geo. miles: Ztschr. für Hamb. Gesch. 1, S. 359.— 1263 Jul. 5: Geo. adv.: N. 671.— 1264 Dec. 14: Geo. de Hamborg: N. 681. — 1266 Juli 22: Geo.: N. 702. — 1266: Dominus Geo., miles, — et uxor sua domina Greta: Ztschr. für Hamb. Gesch. 1, S. 379. — 1271: Domina Greta, relicta domini Georgii advocati: das. 1, S. 418. —

mit dem Schreiber Jordan von Boitzenburg und Ludekin Schüler den vierten Theil eines Erbes an Heinrich Barenveld, 1266 mit seiner Frau ein Haus beim Petri-Kirchhof an seinen Schwiegersohn Heinrich von Tankstede und dessen Gattin, 1271 seine Wittwe ein halbes Haus beim Berg an Georg von Wedel und dessen Brüder. In Eilbeck und Herwardeshude trug er Lehen von den Holsteinischen Grafen: vor 1247 Juni 7 übertrug er mit Albero von Ritzerove drei Mansen in Eilbeck an das H. Geist-Hospital; 1247 Nov. 30 schenkte er mit seiner Gattin zu einem Kloster in Herwardeshude seinen Hof daselbst mit der Mühle und dem Grundstück des Müllers, aus der Mühle zu Eilbeck einen halben Burgscheffel und am Mildradisthor zwei Häuser.

2) Gerbert. — Gerbertus advocatus zuerst genannt 1253 Jan. 25 [1]), zuletzt 1263 Juni 15. — Gerbertus adv. 1254 Mrz. 26 [2]). — Gerbertus adv. 1255 Apr. 29 [3]). — Gerebertus adv. 1256 [4]). — Gerebertus adv. 1256 [5]). — Gerbertus adv. 1256 [6]). — Gerbertus adv. 1256 [7]). — Gerbertus adv. 1257 Nov. 2 [8]). — Gerbertus adv. 1258 Aug. 1 [9]). — Gerbertus adv. noster 1259 Nov. 8 [10]). — Gherbertus adv. noster 1259 Nov. 8 [11]). — Gerbertus 1259 [12]). — Gherbertus 1259 [13]). — Gerbertus adv. 1259 [14]). — Dominus Gerbertus adv. 1261 [15]). — Gerbertus adv. noster 1263 Juni 15 [16]) [17]).

---

[1]) N. 574. — [2]) N. 583. — [3]) N. 592. — [4]) N. 610. — [5]) N. 611. — [6]) N. 612. — [7]) N. 613. — [8]) N. 619. — [9]) N. 624. — [10]) N. 645. — [11]) N. 646. — [12]) N. 649. — [13]) N. 650. — [14]) N. 651. — [15]) Ztschr. für Hamb. Gesch. 1, S. 354. — [16]) N. 669. —

[17]) 1263 Jul. 5: Gerb. de Boyceneborcg: N. 671. — 1263: dominus Gherb. miles: N. 674. — (1263:) dominus Gerb, miles: N. 675. — 1264 Jan. 23: dominus Gerb. dictus adv.: Leverkus 1, N. 157 S. 149 (unter 1263). — 1264 Dez. 13: dominus Gerb. de Boyceneburg: N. 679. — 1264 Dez. 13: dominus Gherb. de Bucenburg: N. 680. — 1265 Juli 15: Gerb. adv.: Sudendorf, U. B. 1, N. 58 S. 39. — 1265 Juli 16: Gerb. de Boyceneborgh: N. 682. — 1265 Aug. 16: dominus Gerb.: N. 684. — 1265 Dez. 26: dominus Gerb. adv. — 1266 Juli 22: Gherb. de Boytzenborch: N. 702. — 1266: dominus Gerb. olim adv.: N. 711. — 1266: dominus Gerb.: Zeitschr. für Hamb. Gesch. 1, S. 376. — 1267 Mrz. 23: Gerb. dictus adv.: Leverkus 1, N. 191, S. 193. — 1267 Mrz. 23: Gerb. dictus adv.: daselbst 1, N. 192, S. 194. — 1267 Mai 12: Gerb. adv.: U. B. d. St.

Als Ritter wird Gerbert zuerst 1259 Nov. 8 bezeichnet. Nach Niederlegung der Vogtei nahm er den Beinamen von Boizenburg an; doch heisst auch er noch: Vogt, genannt Vogt, ehemals Vogt; auch: Herr Gerbert oder Ritter Gerbert. Zuletzt erscheint er 1271 Sept. 20. Von seiner Familie kennen wir nur einen Neffen, den 1266 genannten Domherrn Gregor.

Einen vor der Stadt Hamburg belegenen Hof verliess er 1261 an Hartwig Bertram's Sohn; 1266 resignirte ihm Graf Gerhard seinen Apfelgarten bei der St. Jakobikirche in der Neustadt zu Erbrecht. Von den Grafen Johann und Gerhard hatte er das Dorf Todendorf zu Lehen, das er 1263 dem Domkapitel zu Hamburg verkaufte. Um 1266 verglich er sich mit dem Kapitel über die neuerbaute Mühle an der Tarpe bei Eppendorf.

3) Berthold von Horst. — Bertoldus de Horst advocatus noster 1273 [1]). — Bertoldus adv. 1276 Aug. 10 [2]). — Bertoldus dictus de Horst adv. 1279 [3]) [4]). —

Vermuthlich ist es derselbe Berthold von Horst, der 1292 Mrz. 20 als Ritter erscheint, 1294 Okt. 1 als Vogt zu Segeberg genannt wird und bis 1301 Aug. 25 in Hamburgischen Urkunden vorkommt. — Ein Marquard

---

Lübeck 1, N. 298 S. 285. — 1268 Apr. 13: Gerb. de Boyceneburg: Leverkus 1, N. 198 S. 197. — 1268 Aug. 3: Gerb. dictus adv.: N. 729. — 1268: Gerb. de Boyceneborg: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 1, N. 90, S. 97. — 1270 Nov. 18: dominus Gherb.: N. 743. — 1270: Gerb.: U. B. d. St. Lübeck 1, N. 323 S. 306. — 1271 Jan. 24: Gereb.: Leverkus 1, N. 213, S. 210. — 1271 Jan. 24: Gereb.: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 1, N. 93 S. 100. — 1271 März 7: Gerb. adv.: Leverkus 1, N. 216 S. 212. — 1271 Mrz. 7: Gerb. adv.: das. 1, N. 217 S. 212. — 1271 Apr. 16: Gerb. adv.: N. 744. — 1271 Aug. 10: Gerb. dictus adv.: U. B. d. St. Lübeck 1, N. 326 S. 308. — 1271 Sept. 20: Gerb. de Boizneborch: das. 1, N. 327 S. 309. — 1271: Gerb. dictus adv.: das. 1, N. 328 S. 310. —

[1]) N. 755. — [2]) N. 766. — [3]) N. 780. —

[4]) 1292 Mrz. 20: Bert. de Horst: N. 860. — 1292 Mrz. 21: Bart. de Horst: N. 861. — 1292 Juni 23: Bert. de Horst: N. 864. — 1294 Febr. 9: Bert. de Horst: Leverkus 1, N. 323 S. 356. — 1294 Okt. 1: Bert. de Horst, miles, adv. in Segheberghe: N. 883. — 1295 Juni 9: Bert. de Horst: N. 886. — 1295 Okt. 16: Bert. de Horst: Leverkus 1, N. 339 S. 374. — 1296 Okt. 10: Bert. de Horst: N. 894. — 1300 Nov. 25: Bert. de Horst: N. 928. — 1301 Aug. 25: Bert. de Horst. —

von Horst war gleichfalls Vogt zu Segeberg, 1306 heisst er ehemaliger Vogt des Grafen daselbst, 1326 Nov. 2 bekennen Otto und Heinrich von Hamme, von dem Hamburgischen Kapitel 12 Mark erhalten zu haben, die ad memoriam Marquardi de Horst gehören [1]).

4) Wolter. — Wolterus, bone memorie noster quondam advocatus, hat ein Stück Land in Gorriswärder zu Lehen gehabt, das Graf Gerhard 1286 Okt. 1 an das Kloster Harvstehude verkauft [2]). — Lappenberg vermuthet, dass es derselbe Wolterus advocatus sein möge, dem ein 1259 von Löwe an Johann Morlefike verkauftes Haus gehört habe; doch scheint das der Zeit wegen unpassend.

5) Dietrich von Heest. — Thidericus de Heste, advocatus noster 1288 Juli 1 [3]). — Theodericus advocatus 1288 Okt. 27 [4]). — An der letzteren Stelle heisst er Knappe, famulus. —

6) Bertram Kule. — Bertrammus dictus Kule, advocatus 1295 Juni 9 [5]). — Dominus Bertrammus, dictus Kule, adv. 1300 [6]). — Bertramus Kule, miles, adv. noster 1301 Febr. 10 [7]). — Bertrammus, dictus Kule, noster adv., 1301 Aug. 31. — Bertrammus, dictus Kule, miles 1302 Sept. 26. — Bertrammus, dictus Kule, 1303 Jan. 24. — Bertrammus Kule 1303 Febr. 6. — Dominus Bertramus Kule: 1304 Aug. 3 [8]). — Bertrammus Kule: 1304 Okt. 16 [9]).

---

[1]) 1304 Jan. 26: Marquardus de Horst, tunc noster advocatus: Staphorst 1, 3 S. 751. — 1304 Mai 1: Marq. de Horst, adv. noster: Klefeker 10, S. 132. — 1304 Juli 25: Marq. de Horst, noster adv.: Hübbe, S. 174. — 1304 Okt. 28: Marq. de Horst adv. noster. — 1306: Marquardus de Horst quondam adv. domini Adolphi comitis in Segeberge: Lib pign. et pact. fol. 58 b. — 1312 Mrz. 12: Marq. adv. dictus de Horst: Staphorst 1, 2 S. 234. — 1317 Aug. 25: Marq. de Horst, famulus, adv. noster. — 1318 Apr. 13: Marq. de Horst, adv. noster. —

[2]) N. 823. —

[3]) N. 837. — [4]) N. 838. —

[5]) N. 886. — [6]) Anhang N. 2. — [7]) Scheidt, Nachrichten von dem hohen und niedern Adel in Teutschland, S. 120. — [8]) Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 8 S. 9. —

[9]) 1306 Juli 2: Bertr. Kule. — 1307 Aug. 9: Bertr. Kule: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 20 S. 24. — 1308 Nov. 13: Bertr. Kule. — 1309 Jan. 6: Bertr. Kule. — 1309 Aug. 16: Bertr. Kule, adv.: Staphorst 1, 3 S. 751. — 1310 Jan. 1: Bertr.

Mit der Bezeichnung Vogt tritt er auf in Urkunden von 1309 Aug. 16, 1311 Dez. 13 und 1313 Mai 26. Zuletzt findet er sich 1326 Okt. 9. 1325 Nov. 12 verkauft er die Dörfer Kale Borstel und Alsterdorf an das Kloster Harvstehude.

Bei letztgedachter Gelegenheit erscheint auch sein Sohn Johann (Henneke). Sein Bruder, Herr Johann der Reiche, findet sich in Urkunden von 1306 Juli 2 — 1314 Dez. 14 [1]). —

7) Nikolaus von Arnesvelde. — Nicolaus de Arnesvelde: 1304 Nov. 11. — Nycolaus advocatus 1315. — Nycolaus de Arnesvelde advocatus 1316 [2]). —

Drake. — Er wird 1304 Juli 1 bis 1308 Apr. 10 als Vogt genannt [3]).

Marquard Stake. — Er wird in Urkunden von 1312 Jan. 8 bis 1329 Nov. 12; als Vogt von Plön 1328

Kule. — 1310 Nov. 19: Bertr. Kule: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 26 S. 29. — 1311 Sept 14: Bertr. Kule: Leverkus, N. 440 S. 535. — 1311 Nov. 21: Bertr. Kule: das., N. 441 S. 536. — 1311 Dez. 13: Bertr. Kule adv. noster: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 290 S. 247. — 1312 Jan. 8: Her Bertram Kule: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 28 S. 31. — 1313 Mai 26: Bertr. Kule, adv. — 1314 Apr. 5: Bertr. Kule. — 1314 Apr. 14: Her Bertram Kule: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 31 S. 34. — 1314 Dez. 14: Bertr. Kule. — 1314 Dez. 14: Bertr. Kule. — 1315 Nov. 29: Bertr. dictus Kule, miles. — 1325 Nov. 12: her Bertram Kule unde min sone Henneke. — 1326 Okt. 9: Bertr. Kule: Leverkus, N. 522 S. 648. —

[1]) 1306 Juli 2: Joh. Ryke. — 1310 Jan. 1: Joh. Rike (miles). — 1310 Nov. 19: Joh. (s. oben). — 1311 Sept. 14: Joh. Ryke (s. oben). — 1311 Nov. 11: Joh. Ryke, miles. — 1311 Nov. 21: Joh. Rike (s. oben). — 1311 Dez. 13: Joh. Rike: (s. oben). — 1312 Jan. 8: Her Johan dhe rike (s. oben). — 1312 Febr. 13: dominus Johannes Ryke, miles. — 1313 Mai 26: Joh. Rike. — 1314 Apr. 5: Joh. dictus Ryke. — 1314 Apr. 14: Her Johan dhe rike (s. oben). — 1314 Dez. 14: Joh. Rike. — 1314 Dez. 14: Joh. Rike. —

[2]) Anhang N. 3. — Lib. Contr. fol. 19, 22 b.

[3]) 1304 Juli 1: Draco advocatus noster: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 176, S. 153. — 1307 Aug. 9: Draco advocatus: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 20 S. 24. — 1307 Sept. 27: Draco advocatus. — 1308 Apr. 10: Draco adv. noster: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 229 S. 198. — 1309 Apr. 24: Drako als vasallus: das, 2, N. 244 S. 211. — 1310 Apr. 11: Draco als famulus. —

April 30 genannt; als Vogt wird er 1319 Mrz. 18 und 1321 Apr. 16 bezeichnet [1]).

Johann Stake, Bruder des Vorigen, ist mir nicht als Vogt begegnet [2]).

Heinrich von Wilsede. — Er begegnet von 1318 Sept. 15 bis 1347 Apr. 30, als Vogt wird er nur einmal, 1325 Nov. 8, genannt [3]).

---

[1]) 1312 Jan. 8: Marquart Stake: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 28 S. 31. — 1315 Nov. 29: Nos Marquardus et Johannes, famuli, dicti Staken. — 1319 Mrz. 18: Marq. Stake, advocatus noster: Hübbe, S. 175. — 1320 Febr. 25: Marq. Stake: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 384 S. 332. — 1320 Mai 8: Marq. Stake. — 1320 Mai 30: Marq. Stake: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 40 S. 43. — 1321 Apr. 16: Marq. Stake, adv. noster, et Joh. frater suus: daselbst 2, N. 43 S. 46. — 1321 Juli 25: Marq. Stake: das. 2, N. 44 S. 47. — 1322 Mrz. 10: Marq. Stake. — 1322 Dez. 1: Marq. Stake. — 1323 Mai 4: Marq. et Joh., dicti Staken. — 1323 Mai 4: Marq. et Joh., dicti Staken, fideles nostri. — 1323 Juli 20: Marq. et Joh. Stake. — 1323 Aug. 23: Marq. et Joh. Stake, armigeri. — 1325 Febr. 4: Marq. et Joh. Stake. — 1325 Okt. 1: Marq. Stake: Klefeker 10, S. 135. — 1325 Nov. 4: Marq. Stake: das. 12, S. 248. — 1327 Apr. 5: Marq. Stake: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 480 S. 426. — 1327 Aug. 7: Marq. Stake, Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 179 S. 223. — 1327 Aug. 9: Marq. Stake: das. 2, N. 180 S. 224. — 1328 Febr. 1: Marq. Stake. — 1328 Febr. 24: Marq. Stake. — 1328 Febr. 20: Marq. Stake. — 1328 Apr. 30: Marq. Stake, adv. in Plone: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 493 S. 440. — 1328 Sept. 8: Marq. Stake: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 64 S. 72. — 1328 Dez. 21: Marq. Stake: das. 2, N. 338 S. 418. — 1329 Jan. 13: Marq. Stake: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 501 S. 455. — 1329 Mrz. 26: Ego Marq. Stake: das. 2, N. 503 S. 456. — 1329 Juli 15: Marq. Stake: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 146 S. 174. — 1329 Nov. 12: Marq. Stake: das. 2, N. 147 S. 175.

[2]) 1312 Jan. 8: Johan Stake (s. oben). — 1315 Nov. 29. — 1321 Apr. 16 (s. oben). — 1323 Mai 4. — 1323 Mai 4. — 1323 Juli 20. — 1323 Aug. 23. — 1325 Febr. 4. — 1331 Mai 16: Joh. Stake. — 1342 Okt. 13: Johan Stake: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 750 S. 694, ist ein anderer. Vgl. daselbst S. 1131 und Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2 S. 661. —

[3]) 1318 Sept. 15: Hinr. de Wolseden: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 363 S. 313. — 1319 Mrz. 18: Henr. de Wilsede: Hübbe, S. 175. — 1319 Apr. 1: Hinr. de Wolzede: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 373 S. 323. — 1325 Nov. 4: Hinr. de Wilsede: Klefeker 12, S. 247. — 1325 Nov. 8: Hynr. de Wilsede, advocatus noster: das. 10, S. 126. — 1325 Nov. 10: Henr. et Adolphus de Welzede, officiales nostri: Schütze 2, S. 321. — 1330 Juli 13:

Lange Beienfleth, Vogt von Trittau, wird genannt 1334 Nov. 2. — 1350 Nov. 23 [1]).

Hynr. de Wylsede senior. — 1331 Mai 1: Hinr. et Hinr. de Welzede. — 1333 Nov. 30: Hinr. senior et Hinr. jun. de Welzede, armigeri. — 1334 Sept. 27: Hinr. de Wilsede. — 1334 Sept. 29: Hinr. de Welsede senior. — 1336 Febr. 2: Hinr. sen. et Hinr. iun. de Welsede, armigeri. — 1337 Febr. 5: Hinr. de Wilsede sen., famulus. — 1338 Juni 28: Hinr. de Welzede, noster vasallus. — 1338 Juni 29: Hinr. sen. et Hinr. iun., dicti de Welsede. — 1339 Jan. 6: Hinr. de Wilzede. — 1339 Mrz. 11: Hinr. et Hinr. dicti de Wilzede, — 1341 Mrz. 26: Hinrik van Wilzede, de junge: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 721 S. 670. — 1341 Nov. 12: Hynr. sen. et Hynr. iun., dicti de Wilsede, famuli, nostri advocati. — 1347 Apr. 30: Henr. de Welsede sen.: Scheidt, Nachrichten vom Adel, S. 121. —

[1]) 1334 Nov. 2: Longus Beyienvlete, armiger: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 592 S. 540. — 1335 Mrz. 26: Longus Beyenvlet, noster adv.: Leverkus, N. 597 S. 756. — 1335 Sept. 28: Longus Beyenvlete, armiger: das., N. 604 S. 766. — 1335 Aug. 15: Beyenvlet, advocatus noster. — 1335 Sept. 28: Longus Beyenvlet, armiger, noster adv. — 1335 Dez. 18: Longus Beyenvleth, adv. noster: Leverkus, N. 607 S. 768. — 1336 Febr. 2: Longus Beyenvlete, adv. noster. — 1336 Apr. 4: Longus Beyenvlet, noster adv.: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 628 S. 579. — 1336 Mai 24: Longus Beyenvlet, noster adv.: das. 2, N. 631 S. 583. — 1336 Okt. 14: Longus Beyenvleth, noster adv.: Leverkus, N. 618 S. 783. — 1336 Nov. 29: Beyenvlete adv. noster. — 1336 Dez. 6: Longus Beyenvleth, adv. noster: Leverkus, N. 621 S. 786. — 1337 Jan. 7: Longus Beyenvleth, adv. noster: das., N. 624 S. 792. — 1337 Juni 18: Longus Beyenvleth, noster adv.: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 652 S. 608. — 1337 Okt. 19: Longus Beyenvlet, noster adv.: Leverkus, S. 755 Anm. — 1338 Juni 3: Beyenvlete, adv. noster: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 675 S. 628. — 1339 Mrz. 7: Lange Beyenfleth, unse vaget: das. 2, N. 680 S. 632. — 1339 Mrz. 14: Longus Beyenvlet, adv. predicti comitis (Johannis). — 1339 Mrz. 14: Longus Beyenvlet, adv. noster. — 1339 Dez. 26: Longus Beyenvlet, adv. noster. — 1340 Jan. 31: Lange Beygenvlete unse voghet. — 1340 Febr. 1: Longus Beyenvlet, adv. noster: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 695 S. 645. — 1340 Febr. 11: Longus Beyenvlet, adv. domini comitis (Johannis): Leverkus, N. 643 S. 815. — 1340 Mrz. 3: Longus Beyenvlet, noster adv.: das. 2, N. 701 S. 651. — 1341 Mrz. 26: Langge Beyenvleth: das. 2, N. 721 S. 670. — 1341 Apr. 24: Longus Beyenvlet, adv. noster. — 1341 Mai 18: Longus Beyenvlet, adv.: Archiv f. Staats- u. Kirchengesch. d. Herzogth. Schl. Holst. Lauenb. 5, S. 126. — 1342 Febr. 17: Langhe Bayenvleth: U. B d. St. Lübeck 2, N. 735 S. 681. — 1342 Okt. 13: Lange Beyenvlete: das. 2, N. 750 S. 693. —

Bertram Scholdenvlete, als Vogt genannt 1343 Febr. 23 — 1350 Febr. 13 [1]).

Albert Scholdenvlete, heisst 1347 Apr. 30 Vogt [2]).

8) Hermann Krane. — Hermannus, dictus Krane, advocatus 1343 Jan. 13. — Adv. Hermannus Crane, 1347 Mai 17. — Hermannus Krane, adv. seu iudex curie secularis 1347 Mai 28. — Hermannus Krane, adv. seu iudex curie secularis 1349 Jan. 19. —

9) Heinrich Metzendorp. — Hinricus Metzekendorp, advocatus seu iudex secularis 1351 Okt. 28. —

Wittemake und

Tymmo Boytin waren Ausreitertervögte.

1343 Okt. 6: Langge Beyenvleth knape: das. 2, N. 776 S. 725. — 1343 Dez. 13: Lange Beyenvleth: das. 2, N. 785 S. 735. — (1343): Longus Beyenvlet, adv. in Trutowe. — 1344 Dez. 9: Ego Longus Beyenvlet. — 1349 Mai 26: Ego Longus Beyenvlet famulus: U. B. d. St. Lübeck 2, N. 932 S. 863. — 1350 Nov. 23: Ego Longus Beyenvlet: das. 2, N. 984 S. 907. —

[1]) 1343 Febr. 23: Bertrammus Scholenvlete, adv. — 1348 Sept. 8: Bertr., dictus Scoldenvlete, noster adv. — 1350 Febr. 13: Bertr. de Scholenvlete, noster adv.: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 111 S. 125. — 1350 Febr. 24: Bartram Scholenvlet: das. 2 N. 378 S. 453. — Ohne Datum: Bertram Scholdenvleeth, unse voghet: Jahrbücher f. d. Gesch. d. Herzogth. Schl. Holst. Lauenb. 5, S. 78. —

[2]) 1347 Apr. 30: Albertus, dictus Scholdenvlete, noster advocatus: Scheidt, Nachrichten vom Adel, S. 121. — 1350 Febr. 24: Albert Scolenvlet: Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 378 S. 453. — 1369 Mai 9: Albert Scholdenvleth: das. 2, N. 218 S. 282. —

II. Ausreitervögte (advocati).

Eine Schilderung der Verhältnisse des Ausreitervogtes, für deren Erkenntniss unsere Erbe- und Rentenbücher, sowie auch die Stadtrechnungen ein reiches Material darbieten würden, mag einer Besprechung der familia des Rathes vorbehalten bleiben. Ich begnüge mich zur Berichtigung der von Lappenberg aufgestellten Liste der Gerichtsvögte mit der Nachweisung der Männer, die dieses Amt in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bekleideten.

1) Witte Make. — Ein Witte Make findet sich schon 1327 Nov. 29, ist aber vielleicht der Witte Make senior, der um 1344 dem Hamburgischen Kapitel 2 Mark Rente im Dorfe Schönborn verkauft hatte (Urk. v. 1344 Mrz. 24). — Unser Witte Make dagegen wird der filius Witte Make sein, der in dem Streite Hamburgs mit dem Domkapitel die Besitzungen desselben schädigte (vor 1342). Er wurde 1351 vom Rath als Vogt angenommen [1]), bis 1353 wird er mehrfach erwähnt, 1354 verzeichnen die Stadtrechnungen für die Kleidung des ungenannten Vogtes 5 Pfund 18 Schillinge. — Wytte Make, armiger, et Detlevus eius filius begegnen noch 1359 Okt. 18 [2]).

2) Dietrich Steen. — Er wird in den Stadtrechnungen zuerst genannt 1355, zuletzt 1364.

3) Tymmo Boytin. — Ich finde ihn zuerst 1365, zuletzt 1390. — Um 1373 heisst er: advocatus dominorum consulum Hamburgensium, um 1375 familiaris dominorum consulum Hamburgensium.

---

[1]) Anhang N. 4. [2]) Schl. Holst. Lauenb. Urks. 2, N. 392 S. 473.

III. Richteherren (advocati) im 13. Jahrhundert.

Auch hier beschränke ich mich auf ein paar Notizen. Lappenberg hat theilweise bei dem Ausdruck Vogt an Vorspraken oder Sachwalter gedacht[1]), doch kommen diese nur als prolocutores vor, und man muss daher Richteherren, die zum Vogtgericht deputirten Rathmannen, unter jener Bezeichnung verstehen. Wie wir bei den gräflichen Gerichtsvögten sahen, dass das zeitweilig bekleidete Amt Anlass zu einem Beinamen gab, so ist das auch hier und unendlich oft sonst gegangen.

Nicolaus advocatus, zwischen 1248 und 1256. —

Walterus advocatus hat ein Haus besessen, das 1260 von Löwe an Johann Morlefike verlassen wird (s. oben S. 60). —

Helpo und
Gerardus de Mesickendorpe, advocati: 1264. —

Hartwicus advocatus et uxor sua: 1267. — Hartw. adv.: 1274. — Hartwicus, filius Hartwici advocati: 1274. — Hartw. quondam adv.: 1292. —

Conradus Stadingus und
Elincbernus, advocati civitatis: 1273.

Christian Godonis und
Johann, Eghards Sohn, werden um 1286 als Vögte genannt, nach Lappenberg, Ztschr. für Hamb. Gesch. 3, S. 334.

Johannes Albus und
Henricus de Cusvelde, in einer undatirten Aufzeichnung.

Johannes advocatus: 1288. — Joh. adv.: 1291.

Ulricus advocatus: 1291. — Ulr. de Molendino adv.: 1292. —

Oldeland advocatus?: 1293. —

Thitmarus advocatus: 1293. —

---

[1]) Rechtsalterthümer S. XXX.

Nicolaus advocatus: 1295. — Nic. adv.: 1295. — Nic. adv.: 1295. — Nic. adv.: 1295. — Nyc. de Thytmarsia, quondam adv.: 1307. — Nyc. de Thitmarsia: 1311 Mrz. 28. —

Jacobus advocatus et uxor eius domina Chryssa: 1298. — Jac. adv.: 1299. — Jac. adv.: (1299?). — Jac. adv. et domina Crisa, uxor sua: 1300. — Jac. adv. et uxor eius Crissa: 1302. —

Bernardus advocatus: 1299. — Bern. adv., dictus Parvus: 1302. — Bern., quondam adv. civitatis Hamburgensis, et uxor sua Christina: 1306 Jan. 13. — Cristina, relicta quondam Bernardi advocati: 1321. —



Anhang.

№ 1.

Vertrag zwischen den Grafen von Holstein und dem Rathe in Betreff städtischer Brüche und des gräflichen Vogtes in Hamburg[1]. *— (Hamburg) 1292 März 21.*

Nos consules et universitas civitatis Hamburgensis universis presencia visuris volumus esse notum, quod domini nostri, comites Holtzacie, Gherhardus, Adolfus et Hinricus, et eorum veri heredes in favorem amicicie, quo nos eorum gracia amplexantur, super quibusdam libertatibus, que nobis competere visa fuerunt, una nobiscum taliter concordarunt, quod iidem domini nostri comites medietatem delicti et emende trium talentorum, quam apud nos hactenus non habuerant, habere debent et ad nos altera dimidietas pertinebit.

Preterea si quis alium in iudicio ad sanguinis effusionem vel livorem vulgo blawe dictum leserit, convictus 10 marcas argenti pro delicto dabit, quarum medietas cedet eisdem dominis nostris et altera medietas cedet nobis.

---

[1]) Aus dem Liber pignorum et pactorum fol. 70. — Der Abdruck im Hamb. U. B. 1, N. 861 ist der Remonstratio Danica 1642. 4. Beilage F entnommen. Da Lappenberg keine Spur der Urkunde im Hamb. Archive fand und die Echtheit derselben schon 1367 von dem Rathe zu Hamburg geleugnet wurde, so nahm er an, dass dieselbe zwar nicht unächt sei, aber nur einen beabsichtigten, nicht einen vollzogenen Vertrag enthalte. — Durch die Auffindung der Urkunde in dem 1861 von der Schreiberei dem Archiv übergebenen angeführten Buche wird die Vollziehung der Urkunde ausser Zweifel gesetzt. Sie ist in denselben ersichtlich im Jahre 1337 eingetragen.

Insuper si quis premeditatus vel cum amicis convocatis hospicium alterius violenter intraverit et domesticum domus leserit, si deprehensus in domo fuerit, vita privabitur pro delicto. Si vero graciam consequetur, quicquid inde derivatur, medietas huius cedet dictis dominis nostris et altera medietas cedet nobis. Si vero evadens domum exierit, is et omnes sui complices, quivis eorum convictus 10 marcas argenti pro delicto dabit, quarum medietas cedet dictis dominis nostris et altera medietas cedet nobis.

Item si duo vel plures ad invicem contenderint et unus eorum ob pacem et graciam domum aliquam intraverit et alius hostiliter insecutus ipsum leserit, convictus cum 3 marcis argenti emendabit, quarum medietas cedet dominis nostris et altera medietas cedet nobis.

Insuper si inter nostros burgenses congregacio violenta vel dissencio fuerit, ad quam duo vel plures consules venerint, aut pacem servari preceperint aut treugas, quo modo, qua pena vel emenda, vita scilicet vel pecunia, hoc preceperint, quicumque huius precepti violator convictus extiterit, is secundum quod preceptum fuerat emendabit, cuius emende medietas cedet dominis nostris et altera cedet nobis.

Item si prohibuerimus sub delicto annonam educi, quicumque in hoc excesserit, convictus emendabit, cuius emende medietas cedet dictis dominis nostris et altera nobis.

Item quicquid in mensura molendinariorum, que vulgo matte vel rumpe vel bodene dicuntur, excessum fuerit, cuius emende medietas cedet dictis dominis nostris et altera nobis.

Amplius si magister monete in puritate et pondere denariorum excesserit, medietas huius delicti cedet dictis dominis nostris et altera nobis.

Item advocatum, quem domini nostri comites nobis instituerint, nulla debemus violencia vel insultu inordinate prevenire non convictum, convictus autem sicut cives nostri super incusatis ad iusticiam respondebit; hoc excepto, si homicidium vel causam aliquam commiserit, per quam vite sue vel membrorum dispendium pateretur, pro qua non potest nec debeat dare fideius-

sorem, vinculis mancipetur, quousque hoc dominis nostris comitibus demandemus, et tenebitur detentus, qui tunc personaliter ad nos venient vel sollempnes nuncios nobis mittent, inter quos alium statuent advocatum, ut nullum preiudicium sibi fiat, qui iudicio presidens iudicat iusto iure.

Ut autem hec omnia prelibata robur perpetue firmitatis obtineant, presentem paginam sigillo nostre civitatis robore communimus. Testes: Johannes de Slamerstorpe, Thidericus Hoken, Ecghericus de Otteshude, Hinricus de Kuren, Hermannus de Hamme, Johannes Swin, Bertoldus de Horst, milites; Otto de Twedorp, Hellingbernus, Nycolaus de Rokesberghe, Hinricus Longus, Johannes Miles, Hartwicus de Erteneborch, Ecgho de Hadheleria et alii quam plures fidedigni.

Actum et datum Hamborch anno domini M.CC. nonagesimo secundo, XII kalendas Aprilis.

№ 2.

Godemann, Godemanns Sohn, erhält eine Rente von 10 Mark aus der Vogtei in Hamburg angewiesen [1]). — (Hamburg) 1298 Febr. 22.

Bertrammus, filius Johannis, filii Bertrammi, debet Godemanno, filio Godemanni, 80 marcas denariorum de quibus recipiet sine censu annis singulis 10 marcas de advocacia, quousque tota summa fuerit integraliter persoluta. Idem autem Godemannus eximet ipsum Bertrammum ex parte matris sue et vitrici sui, Assonis de Otteshude, racione huius pecunie, si ipsum vellent in posterum incusare.

Actum in catedra sancti Petri nunc preterita.

---

[1]) Aus dem Liber pignorum et pactorum fol. 47 b.

Godemann verpflichtet sich, so lange er die Vogtei zu Lehen hat, aus derselben jährlich 10 Mark an den Vogt, Herrn Bertram Kule, zu bezahlen[1]. — *(Hamburg 1300.)*

Godemannus tenetur singulis annis de advocacia, quamdiu ipsam tenet, domino Bertrammo, dicto Kulen, advacato, 10 marcas dare pro censu, omni obstaculo procul moto.

№ 3.

Graf Adolf von Holstein bestellt den Nikolaus von Arnesvelde zu seinem Vogt in Hamburg[2]. — *1304 Nov. 11.*

Adholfus, dei gracia comes Holtzacie et de Scowenborgh omnibus presentia visuris in Domino salutem. Noverint universi, quod nos de consensu et ratihabitione dilecti fratris nostri Gerhardi comitis ac heredum fratris nostri comitis Henrici bone memorie, Nycolaum de Arnesvelde advocatum in civitate nostra Hamburgensi constituimus ad duos annos proxime nunc sequentes. Qui faciendi et dimittendi habebit nostro nomine plenum posse. Ipse eciam nobis quadraginta marcas denariorum Hamenburgensium mutuo erogavit, et singulis annis quinquaginta marcas denariorum eorundem hominibus inpheodatis in eadem advocatia de ipsa ministrabit, et sibi ipsi ex parte nostra pro suis anno quolibet expensis retinebit. Preterea idem Nycolaus de iam dicta advocatia semel computabit in anno, et si quid lucratus super quinquaginta marcas inpheodatas dandas et decem marcas expensarum suarum, id in quadraginta marcis nobis mutuo datis defalcabit. Si vero medio tempore duorum annorum

[1]) Aus dem Liber pignorum et pactorum fol. 51 b.
[2]) Aus dem Original mit anhängendem Reitersiegel.

predictas quadragintas marcas non receperit, ipsum destituere non debemus, quin eidem Nycolao suas quadraginta marcas integre persolvamus. Et si predictis duobus annis revolutis sepedictus Nycolaus rehabere voluerit suos denarios antedictos, nobis in festo Pasche intimabit et in festo beati Martini ipsi suam pecuniam dabimus expedite. Concedimus nichilominus eidem Nicolao, quod dictam advocatiam eo iure, quo sibi commisimus, potest dimittere cui placet.

In cuius testimonium presentem litteram nostro sigillo duximus communiri.

Datum anno Domini M.CCC. quarto in die sancti Martini episcopi.

№ 4.

Der Rath zu Hamburg nimmt Witte Make (als Ausreitervogt) in seine Dienste[1]. — *(Hamburg) 1351 April 10.*

Sciendum quod nos consules concordavimus et convencionem fecimus cum Witte Maken in hunc modum, videlicet quod ipse fideliter serviet nobis et nos dabimus sibi quolibet anno 40 marcas denariorum pro salario suo et 4 marcas denariorum pro hura domus in qua moratur et unum par vestium cum fotro pellium agninarum, et semper post lapsum duorum annorum togam duplatam de pulchro panno, et similiter quolibet anno unum chorum siliginis et unum chorum brasei. Et tenebit bonum famulum similiter quolibet anno sub expensis suis, cui quidem famulo dabimus annuatim unam tunicam. Preterea condicionaliter intervenit, si, quod absit, lecaliter vulneraretur in nostro servicio, ita quod non posset diucius equitare aut laborare, tunc dabimus sibi annuatim 20 marcas denariorum ad tempora sue vite.

Actum in Palmis, sub anno Domini millesimo CCC. quinquagesimo primo.

[1]) Aus dem Liber pignorum et pactorum fol. 72.

№ 5.

Auszüge aus den Akten eines zwischen dem Kapitel und dem Rathe zu Hamburg am päpstlichen Hofe geführten Prozesses [1]).

In nomine Domini, amen. Anno a nativitate eiusdem millesimo trecentesimo quadragesimo primo, indictione nona, die Mercurii, 10 mensis Januarii, pontificatus sanctissimi in Christo patris et domini nostri, domini Benedicti divina providencia pape XII. anno septimo, comparentibus in iudicio coram domino Petro Fernandi de Corduba, legum doctore, archidiacono de Pedroche in ecclesia Cordubensi, domini pape capellano et ipsius sacri palacii causarum auditore prefato,

---

1) Einen Theil dieser interessanten Akten in der für das Kapitel angefertigten Abschrift asservirt die Hamb. Stadtbibliothek. (Hamb. Mscr. Vol. III. p. 101 in 4°). Ich fand sie leider erst, als der Druck bereits fast vollendet war, meinte aber diese wichtigen Auszüge (fol. 9 ff) den Freunden der städtischen Verfassungsgeschichte nicht länger vorenthalten zu sollen. Aus den auf dem Archiv bewahrten vollständigeren städtischen Akten hat Lappenberg einige Mittheilungen gemacht: Programm S. 43 (darnach U. B. d. St. Lübeck 2, N. 715 S. 664), Ztschr. für hamb. Gesch. 3, S. 319—25. Die Bürgermeister hatten mit dem Kapitel einen Vertrag geschlossen, den der Rath nicht annehmen wollte, und in Folge dessen entspann sich ein Streit über die Kompetenz der Bürgermeister zwischen Kapitel und Rath. Ausserdem behauptete das Kapitel, es sei vom Rathe auf einer Bursprake das Vergeben von Gütern innerhalb des Weichbildes der Stadt an die Kirche untersagt worden, während der Rath dies bestritt und über die Verweigerung der onera realia abseiten des Kapitels Beschwerde führte. Eine Reihe von Testamenten, welche Vermächtnisse zu frommen Zwecken enthalten und in Gegenwart von Rathmannen angeordnet sind, sowie Zeugnisse der deputati per universos parrochianos der verschiedenen Kirchspiele, der procuratores der Hospitäler St. Georg und H. Geist u. s. w. über den Empfang dieser Legate sind als Beweisstücke in die Akten aufgenommen.

mane hora causarum, in palacio predicto apostolico ubi iura redduntur ad iura reddendum pro tribunali sedente, magistris Henrico dicto Bucglant, procuratore dominorum proconsulum et consulum opidi Hamburgensis, et Guidone de Placencia, dominorum prepositi, decani, canonicorum et capituli ecclesie beate Marie Hamburgensis, Bremensis diocesis, procuratore —.

Posiciones et articulos infrascriptos dat et exhibet procurator honorabilium virorum, tunc proconsulum et consulum opidi Hamburgensis, Bremensis diocesis, prout in ipsorum procuratorio nominantur —. Et protestatur, quod de universitate Hamburgensi se intromittere non intendit, cum pro et ab ipsa nullum mandatum recepit neque habeat. —

1. In primis ponit et probare intendit, quod a 10, 20, 30, 40, 50, 60 annis et citra et ultra et a tempore et per tempus cuius contrarii seu principii memoria hominum non existit, eciam de consuetudine antiqua et approbata et hactenus observata fuit et est observatum et adhuc observatur in ipso opido Hamburgensi, quod quando et quociens cause, questiones, controversie, lites et negocia, ponderis alicuius, seu in quibus vis aliqua fuerit vel est, opido et universitati Hamburgensi incumbebant seu incumbunt tractande, componende vel diffiniende, tractabantur, componebantur vel diffiniebantur, tractantur, componuntur vel diffiniuntur, oportebat et oportet necessario protunc proconsules pro anno dicti opidi, si tractatus, composicio vel diffinicio de et super ipsis causis, questionibus, controversiis, litibus et negociis opidum et universitatem Hamburgensem tangentibus sortiri debebant, sorciebantur seu sorciuntur effectum, ac valere et tenere reputabantur seu reputantur, super huiusmodi tractatu, composicione vel diffinicione consules alios pro anno dicti opidi specialiter requirere et de eorum voluntate, consensu, determinacione et mandato speciali ipsas causas, questiones, controversias, lites et negocia tractare, componere vel diffinire una cum consulibus antedictis; et quod tractatus, composicio vel diffinicio alias nullius fuerunt et sunt momenti, ymmo et ipsi consules poterant et possunt contravenire et omnia retractare, et cassa ac invalida fuisse et esse per se dicere et reputare et ostendere de consuetudine pre-

dicta; quodque predicti consules a dictis temporibus et citra et per ipsa tempora fuerunt et adhuc sunt et esse consueverunt in possessione vel quasi iam dictorum, et sic communiter palam et notorie temporibus ipsis et per ipsa tempora, ut premittitur, fuit habitum et reputatum et habetur et reputatur in dicto opido et alibi in locis circumvicinis*), ponit et dat divisim et de quolibet.

2. Item, quod licet proconsules protunc pro anno eciam requisitis et obtentis voluntate, consensu, determinacione et mandato consulum et una cum consulibus suo et universitatis Hamburgensis nomine predictas causas, questiones, controversias, lites et negocia tractavissent et composuissent vel diffinivissent, tractarent, componerent vel diffinirent, tamen si talia tenere debuissent et potuissent, deberent et possent, ac valida et firma reputari, oportebat et oportet necessario, quod huiusmodi tractatus, composicio vel diffinicio sigillo magno civium Hamburgensium legitime confirmabantur et confirmantur; alioquin premissa minime valuerunt, et universitas Hamburgensis poterat et potest contravenire, et omnes huiusmodi tractatus, composiciones vel diffiniciones retractare ac cassas et invalidas dicere et reputare per se de consuetudine predicta —.

3. Item —, quod proconsules pro anno existentes in dicto opido ipsos consules de et super tractatu, composicione vel diffinicione causarum, questionum, controversiarum, litium et negociorum, de quibus supradictum est, si effectum habere et obtinere debebant et debent predicta, necessario et specialiter tenebantur et tenentur requirere, ac de ipsorum consulum voluntate, consensu, determinacione, ordinacione ac mandato dumtaxat tractare, componere vel diffinire causas, controversias, questiones, lites et negocia, de quibus supradictum est, ac eciam voluntatem, consensum, ordinacionem ac mandatum huiusmodi ipsis tunc proconsulibus faciendi vel denegandi.

---

*) Dazu fol. 87 b: Item declarando 30 et 31 articulos, ubi dicitur locis circumvicinis, dicit Luneborch, Stadis, Odeslo et Lubeke, et simili modo declarat eadem verba, in quocumque articulo sunt posita. —

4. Item, quod de predictis fuit et est publica vox et fama Hamborch et locis antedictis.

5. Item —, quod quociens et quando aliqua negocia ardua et magna predicto opido et universitati Hamburgensi incumbebant et incumbunt, utpote aliquas causas, questiones, controversias et lites super iure aliquo ipsius opidi et universitatis preiudiciali, seu ius vel statum predicti opidi et universitatis aliquantum tangentes et similia negocia iudicialiter vel extraiudicialiter nomine ipsius universitatis tractare et finire componendo et pascicendo de ipsis oportebat et oportet necessario proconsules et consules Hamburgenses protunc pro anno, si negocia, tractatus, composiciones et pacta huiusmodi alicuius debuerant et potuerant, debent et possunt effectum et robur firmitatis alicuius obtinere, super hoc requirere et obtinere specialiter consilium et consensum protunc magistrorum officiorum mechanicorum ac universitatis dicti opidi et de ipsorum consilio et consensu et approbacione super et de huiusmodi causis, questionibus, controversiis, litibus et negociis tractare, finire componere et pacisci. Alioquin premissa in preiudicium dicti opidi et universitatis ipsius minime valuerunt et tenuerunt seu valent et tenent, immo dicti magistri et universitas poterant et possunt omnia retractare et contradicere eisdem per se de consuetudine predicta [b]). —

[b]) Damit ist zu vergleichen fol. 57: Noverint universi presentes litteras inspecturi, quod nos Thidericus de Wittenberghe, prior, totusque conventus ordinis fratrum predicatorum in Hamborch, Bremensis diocesis, presentibus publice protestamur, quod temporibus nostris, quibus in conventu Hamburgensi stetimus, et sicut a fratribus senioribus qui in eodem nostro conventu a 30, 40 et quinquaginta annis et ultra steterunt et adhuc stant, audivimus, quod de consuetudine hactenus pacifice observata fuit et est observatum et adhuc observatur, nec scimus vel audivimus, quod a 10, 20, 30, 40, 50 et sexaginta annis citra et ultra et a tempore et per tempus, cuius contrarii seu principii memoria hominum non existit, sit contrarium, observatum in ipso opido Hamburgensi, quod quando et quociens negocia ponderis alicuius incumbebant dicto opido et universitati Hamburgensi expedienda, oportebat et oportet necessario protunc (pro)consules dicti opidi, si expedicio talium negociorum debebat sortiri effectum et tenere, consules alios dicti opidi specialiter super hoc requirere

6. Item —, quod si et quando facta fuit aliqua prohibicio pro utilitate publica, videlicet ut nullus annonam, allecia aut alia ducat vel portet extra opidum ipsum, si aliquis licenciam talia portandi extra opidum petere et obtinere vellet seu peciit et obtinuit, oportebat et oportet necessario proconsules protunc, si effectum et robur firmitatis alicuius deberet et posset huiusmodi peticio obtinere specialiter consensum aliorum protunc consulum Hamburgensium de consuetudine predicta.

7. Item —, quod quociens et quando aliquis peciit seu petit conductum seu assecuracionem intrandi ipsum opidum a protunc proconsulibus dicti opidi, si huiusmodi peticio conductus et assecuracio in casu, in quo admitterentur et fierent, robur et effectum firmitatis alicuius deberent et possent, debent et possunt obtinere, oportebat et oportet necessario proconsules protunc requirere et obtinere consensum aliorum protunc consulum Hamburgensium et eciam opidanorum opidi Hambur-

et de eorum determinacione et mandato speciali negocia ipsa expedire; alias expedicio ipsa nullius fuit et est momenti. Item, quod quociens et quando aliqua negocia ardua et magna predicto opido et universitati Hamburgensi incumbebant, utpote super iure aliquo ipsius opidi et universitatis preiudiciali seu ius vel statum aliqualiter tangente vel similia, oportebat et oportet necessario proconsules et consules Hamburgenses, si expedicio huiusmodi negociorum robur firmitatis habere debebat, super hoc requirere et obtinere specialiter consilium et consensum magistrorum officiorum mechanicorum et universitatis dicti opidi et de eorum consilio et consensu ea expedire. Quodque eciam officium, prerogativa et potestas proconsulum Hamburgensium est dumtaxat expedire ea, que ipsis pro utilitate opidi et iure ipsius iniunguntur expedienda per consules dicti opidi, iuxta determinacionem et decisionem ipsorum consulum in casibus ad ipsos pertinentibus. Et si ipsi tunc proconsules contra huiusmodi iniuncta aliqua attemptarent, illa nullius obtinerent et obtinent roboris firmitatem. Et sic communiter et notorie ipsis temporibus et per ipsa tempora, ut premittitur, fuit habitum et reputatum et habetur et reputatur in dicto opido et civitatibus et opidis circumvicinis. In cuius rei testimonium sigilla nostra presentibus sunt appensa. Datum Hamborch anno Domini 1340, 12 die mensis Octobris. — Ein übereinstimmendes Zeugniss, ausgestellt von Nicolaus de Segheberghe, gardianus totusque conventus ordinis fratrum minorum in Hamborch, 1340 Okt. 18 steht fol. 57 b; das Zeugniss des Rathes zu Lübeck, 1340 Sept. 1 ist anderweitig gedruckt (s. Anm 1). —

gensis quibus petens conductum seu assecuracionem in aliquo tenebatur, teneretur, et tenetur. Alioquin oportebat et oportet, quod assecuratus respondebat, responderet et respondeat creditori seu creditoribus in et coram iudicio seu curia dicti opidi et consulum, et nichilominus arrestabatur et arrestatur in bonis et persona, predicta assecuracione non obstante, nisi ipse assecuratus, aliud in gracia et favore creditorum poterit et possit obtinere.

8. Item —, quod si et quando duo vel plures protunc anno consules vel proconsules iverunt seu vadunt in aliqua legacione opidi Hamburgensis, illi si tractaverunt, egerunt, tractaverint seu egerint aut agunt aliqua preterquam eis expresse commissa fuerunt vel sunt per alios tunc pro anno consules dicti opidi, illa nullius obtinebant seu obtinent robur firmitatis, immo predicti consules alii poterant et possunt contravenire et omnia et singula retractare et cassa ac invalida fuisse et esse per se dicere et reputare de consuetudine predicta —.

9. Item —, quod si et quando protunc pro anno proconsules dicti opidi egredi voluerunt aut debuerunt, volunt aut debent ipsum opidum in negociis ipsius opidi aut propriis, et abesse per duos dies vel plures, statim ipsis egressis opidum consules alii officium proconsulatus committunt aliis de consulibus, quibus volunt, usque ad redditum ipsorum proconsulum, dummodo redeant infra annum suum.

10. Item —, quod si et quando aliquis de consulibus vel opidanis dicti opidi vel alius quicumque pecierit aut petat protunc proconsules ipsos, ut sibi octo equos vel decem aut octo famulos vel decem ipsius opidi eciam ad unam vel duas vel tres dietas concederent [c]), oportebat et oportet ipsos protunc proconsules super hoc consensum aliorum protunc consulum specialiter requirere et obtinere —.

11. Item —, quod officium, prerogativa et potestas dictorum tunc proconsulum pro anno fuit et est duntaxat tractare, recitare, pronunciare, exprimere, placitare et facere seu expedire ea, que ipsis pro utilitate opidi et iure ipsius iniungitur tractanda, recitanda,

[c]) Ms. consederunt.

pronuncianda, exprimenda, placitanda et facienda et expedienda protunc consules pro anno dicti opidi iuxta determinacionem, ordinacionem, voluntatem et decisionem ipsorum protunc consulum in casibus ad ipsos pertinentibus, de quibus supra fit mencio; et quod, si ipsi tunc proconsules contra huiusmodi iniuncta aliqua attemptarent, illa nullius obtinerent et obtinent roboris firmitatem, immo predicti consules poterunt et possunt contravenire et omnia et singula retractare et cassa ac invalida fuisse et esse per se dicere et reputare de consuetudine predicta —.

12. Item —, quod advocatus pro tempore opidi Hamburgensis una cum duobus con(su)libus pro anno dicti opidi causas curie secularis opidi eiusdem audire et dicidere consuevit, audit et decidit, quodque ab huiusmodi advocato et eiusdem advocati decisionibus et sentenciis ad consules et proconsules dicti opidi pro anno communiter appellari consuevit et adhuc appellatur [d]. —

13. Item —, quod proconsules et consules pro anno dicti opidi quolibet anno eligi consueverunt et eliguntur. —

14. Item —, quod si et quando aliquis eciam de opidanis contra aliquem in foro et curia opidi antedicti coram advocato et duobus consulibus pro anno agere seu experiri voluit et vult, oportebat et oportet ipsum actorem, si immobilia non possidebat seu non possideat in districtu et iuridicione dicti opidi, aut si excepcionem fori ipse actor allegare potuisset, posset seu potest, ne ius et iu(dicium) eludantur, ydone cavere, scilicet fideiussorem ydoneum aut pignora dare coram dicto advocato, de [e]) . . . quo . . . actorem . . . advocato volebat velle et vult reconvenire et de iudicato solvendo cum suis clausulis, et quod, si actor premissa facere recusabat seu recusat, advocatus predictus ipsi actori ad agendum aditum iudicii precludere seu ipsum non admittere debuit et debet potuit et potest —.

---

[d]) Dazu fol. 86 b: dicit, quod inter alios, qui exercuerunt contenta in ipso articulo, fuerunt advocati, videlicet Nicholaus dictus Voghet et Bertrammus dictus Kawe (l. *Kule) et ad* presens exercet Hermannus dictus Krane (*1341 Febr. 26).* — Vgl. das Verzeichniss der Gerichtsvögte C. N. 7, 8, 9. —

[e]) Eine am Rand hinzugeschriebene Stelle ist fast unlesbar.

15. Item —, quod quicumque voluit et vult esse causidicus aut patronus causarum pro aliis coram dicto advocato in dicta curia seculari opidi Hamburgensis, oportebat ipsum necessario et oportet, si aliquam penam iuxta consuetudinem [f]) dicte curie incidat, quod eam de propria bursa persolvat dicto advocato, quodque de hoc teneat ipse causidicus, si pars adversa, contra quem postulare vult ipse causidicus, vel ipse advocatus iudex requirebat, requisiverit seu requirit, alioquin advocatus iudex predictus ipsum causidicum seu patronum nolentem cavere, ut premittitur, a patrocinando et postulando repellere tenebatur et tenetur, potuit et potest —.

16. Item —, quod si et quando aliquis scolaris, non clericus, maxime incola dicti opidi Hamburgensis, quamquam sub iugo et disciplina magistri gramatice eiusdem opidi existens, si forefacta, puta furta, homicidia et similia, perpetrabat et perpetrat, seu precipuus in hoc fuit aut est perpetrator in opido antedicto, cognicio, correctio et punicio huiusmodi forefacti ad advocatum iudicem eiusdem curie secularis Hamburgensis pertinuit et pertinet —.

17. Item —, quod quilibet opidanorum dicti opidi pro constituendo procuratorem in causis suis, sive ad agendum, defendendum, sive ad impetrandum, potuit et potest uti sigillo minori et maiore dicti opidi [1]) —.

Posiciones et articulos infrascriptos exhibet et dat procurator venerabilium virorum, dominorum prepositi, decani et capituli ecclesie Hamburgensis, Bremensis diocesis —.

1. In primis ponit et probare intendit, quod a 10, 20, 30, 40, 50, 60 annis et citra et a tempore et per tempus, cuius contrarii memoria hominum non existit, eciam de consuetudine antiqua et approbata usque ad tempus et tempora habite composicionis et facte, in opido Hamburgensi fuerunt et esse consueverunt sex

---

[f]) **Dazu fol. 86 b: consuetudinem—, que est, quod si causidicus aliter dicat esse actum in ipsa curia, quam revera actum sit, et tociens quociens hec dicat quatuor solidos denariorum Hamburgensium exsolvat.**

[1]) **Die übrigen Artikel 18—59 können hier übergangen werden.— Das Folgende steht fol. 22.**

proconsules dicti opidi[g]), et sic communiter temporibus ipsis et per ipsa tempora fuit observatum, habitum et reputatum in dicto opido et alibi.

2. Item, quod — de sex proconsulibus dicti opidi fuerunt et esse consueverunt solum, et dumtaxat anno quolibet in dicto opido ex ipsis sex, qui fuerunt pro tempore, duo proconsules actu regentes in officio proconsulum —[h]).

3. Item, quod — duo proconsules quolibet anno actu regentes in officio proconsulatus de sex predictis proconsulibus eciam de consuetudine predicta diffiniverunt et diffinire consueverunt, et potestatem habuerunt et habere consueverunt diffiniendi ac tractandi suo et aliorum proconsulum et consulum et universitatis nomine causas, questiones, controversias et lites universitatis dicti opidi, et quas habuit et haberit consuevit universitas dicti opidi — .

4. Item, — quod quicquid fecerunt per dictum tempus vel faciunt, tractaverunt, composuerunt vel diffiniverunt, tractant, componant vel diffiniunt duo proconsules predicti opidi actu regentes pro illo anno nomine suo et aliorum et universitatis predicte de et super causis, questionibus et negociis ipsam universitatem tangentibus, eciam sine alio speciali mandato dicte universitatis vel aliorum proconsulum et consulum super hiis habito, valuit et tenuit, et validum et firmum reputatum fuit, valet et tenet, et validum reputatur et effectum sortitum fuit, ut supradictum est, ac si super hoc speciale mandatum habuissent vel haberent a dictis aliis proconsulibus et consulibus, et quod aliud mandatum non fuit requisitum, nec requiretur ab eisdem vel contrahentibus cum illis; sed hoc ipso,

---

g) Dazu fol. 88 b: dicit, quod in ipso opido Hamburgensi fuerunt semper sex proconsules continue, nisi aliquis eorum moriatur aliquando, vel ex causa privetur vel cedat, cuius morientis, privati vel cedentis loco alter subrogatur, et sic semper sunt et esse debent sex proconsules.

h) Daselbst: dicit, quod duo proconsules actu regentes pro tempore — mutantur et mutari consueverunt finito anno, quo incipiunt esse actu regentes, et duo alii de sex proconsulibus incipiunt actu regere et regunt per annum actu, et illi dicuntur actu regentes pro illo anno.

quod fuerunt vel sunt proconsules actu regentes, et tractaverunt vel tractant composiciones vel ordinaciones seu questiones easdem, sufficiens fuit reputatum et reputatur ipsos habuisse et habere satis plenam super composicione, diffinicione, causis et questionibus supradictis ab aliis proconsulibus et consulibus ac universitate potestatem.[1] [1].

[1]) Zu 3 u. 4: dicit, quod contenta in ipsis (articulis) multociens evenerunt — in placitis et questionibus, que ipsa universitas habuit pro tempore inter alios cum nobilibus viris, dominis comitibus Holtzacie dicte diocesis, olim dicti opidi, et cum consulibus opidi Stadensis, eiusdem diocesis comitibus(!), ac cum universitatibus et baronibus viciuis eiusdem opidi, et aliquando cum capitulo predicte ecclesie Hamburgensis, imo indiferenter composiciones placitorum ipsorum tractantur et ordinantur, tractari et ordinari consueverunt et tractate et ordinate fuerunt semper per dictos proconsules actu regentes pro tempore.

[1]) Die Artikel 5—14 können übergangen werden.



HAMBURG. Druck von AUG. MEYER & DIECKMANN.

Album Hamburger Ansichten
in
Photographien
von
Johannes Nöhring.

12 Blatt (Grösse 11×14".) In eleganter Callico-Mappe mit Pressung 45 ℳ Crt. (18 ℛ.)

Inhalt:

Adolfsplatz und Börse.
Alster-Damm und Jungfernstieg.
Binnenhafen vom Niederbaum aus.
Hafen von der Landungsbrücke in St. Pauli.
Hopfenmarkt mit der St. Nicolaikirche.
Jungfernstieg.
Mühlenbrücke mit Post und Stadtmühle.
Pferdemarkt mit der St. Jakobikirche u. dem Thalia-Theater.
Rathhausmarkt.
Schaarmarkt und Grosse Michaeliskirche.
Schaarsteinwegsbrücke.
Winserbaum und Winserbrücke.

Der **Hamburger Correspondent** 1867 No. 261 sagt über dies Album: Es liegt uns aus dem Verlage von Hermann Grüning, ein Album Hamburger Ansichten in Photographien vor, welches wir unbedingt zu dem Schönsten zählen müssen, was auf diesem Gebiete geleistet ist. Ganz besonders anzuerkennen ist, dass hier nicht nur das Neue Hamburg berücksichtigt ist, sondern auch aus dem alten, nicht abgebrannten Theile der Stadt interessante Partien wiedergegeben sind; so der Blick von der Schaarsteinwegsbrücke, die Partien vom Baumwall mit Aussicht über den Hafen und nach dem Kehrwieder. Eines der schönsten Blätter ist „der Hafen von der St. Pauli-Landungsbrücke aus gesehen;" es ist eben nur der Photographie möglich, ein so getreues Bild von diesem wichtigsten und interessantesten Theile der Stadt wiederzugeben. Wenn auch die anderen Bilder gleich vorzüglich in der technischen wie künstlerischen Ausführung sind, so müssen wir doch gestehen, dass uns die Blätter welche das alte Hamburg illustriren, am meisten befriedigt haben. Die Photographien sind von ausgezeichneter Schärfe der Linien und wohlthuendsten Gleichgewicht zwischen Licht und Schatten. Sie haben eine Breite von 11 Zoll, eine Höhe von 14 Zoll und sind auf grosse starke Cartons aufgezogen. Jedes Bild wird von einem Tondruckrahmen und reicher Lineatur umschlossen, so dass jedes Blatt einen sehr stattlichen Eindruck macht und gleich geeignet ist, unter Glas und Rahmen eine Wand, wie in der Mappe einen Kunsttisch zu schmücken.

Jedes Blatt ist einzeln à 3 ℳ 12 ß (1 ℛ 15 Sgr.) käuflich.

Erinnerung an das Gängeviertel.
12 Photographien

in Callico-Mappe mit Goldpressung 6 ℳ (2 ℛ 12 Sgr.)

Die **Börsenhalle** No. 16901 sagt hierüber: „In einem Dutzend wohlgelungener Photographien wird das Bild einer Hamburgischen Eigenthümlichkeit, welches bald verschwunden sein dürfte, der Nachwelt überliefert und zugleich der über diese Gegend unserer Vaterstadt lebhaft geführte Streit passend illustrirt.

